

Abonnements-Bedingungen:
Monatspreis 1,10 Mark, vierteljährlich 3,30 Mark, halbjährlich 6,60 Mark, jährlich 12,00 Mark.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 40 Pfg. für politische und gesellschaftliche Berichte...

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 19. Juni 1903.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1981.

Stichwahlen!

Die stärkste Partei — die stärkste Fraktion! Das muß unsere Stichwahl-Parole sein. Wir müssen das Unmögliche möglich zu machen suchen, wir müssen die uns verbleibende Woche ausnützen zur heftigsten, angestrengtesten Arbeit.

Es ist nicht wahr, was die bürgerliche Presse behauptet, in der rücksichtlichen Absicht, den Kampfesgeist zu lähmen, daß die Machtverhältnisse im neuen Reichstage unverändert bleiben würden — trotz unsres Sieges.

Wir werden gut thun, uns zunächst nur auf uns zu verlassen. Wir müssen die Säumnigen wecken, die Lauen spornen, die Schwankenden festigen, die Zögernden vollends herrüberziehen.

Wie sich die Freisinnigen verhalten werden, das bleibt dahingestellt. Ihnen fällt die ganze Verantwortung zu, wenn die Herrschaft und Zurechtweisung in diesem entscheidenden Augenblick nicht so, wie es möglich wäre, zurückgedrängt wird.

Wie der Freisinn durch Eintritt für die Socialdemokratie zahlreiche Siege dem Volkpartei entziehen kann, so hängt es andererseits von unsrer Stichwahltaktik ab, ob der Freisinn überhaupt noch fähig sein wird, im Reichstag eine Fraktion zu haben.

Unser Münchener Parteitagbeschluss legt die Grundlinie unsrer Stichwahltaktik fest. Er besagt:
1. für uneingeschränkte Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstags-Wahlrechts,

2. gegen die Erhöhung der bestehenden Rölle auf Lebensmittel,
3. gegen jede neue indirekte Steuer oder eine Erhöhung der bestehenden auf Konsumartikel der großen Masse der Bevölkerung,

4. gegen jede Ausnahmegegesetzgebung und gegen jede Verschlechterung des bestehenden Rechtszustandes,
5. gegen jede neue Militär- und Marinevorlage, die höhere Löhne erfordert, einzutreten.

Ist kein Kandidat vorhanden, der bereit ist, diese Bedingungen anzunehmen, so ist strenge Wahlenthaltung zu verbieten.

Es ist nach allem, was vorhergegangen, unmöglich, daß wir unsren Parteigenossen empfehlen, generell die Freisinnigen zu unterstützen. Dagegen möchten wir uns der Erwartung hingeben, daß einzelne einsichtige freisinnige Kandidaten, namentlich nach den Lehren der Hauptwahl, solche Bürgschaften bieten, daß wir sie im Interesse der Bekämpfung der äußersten Reaktion unterstützen können.

Auf drei Forderungen müssen wir unter allen Umständen bestehen: Aufrechterhaltung des Wahlrechts, Verwerfung jedes Ausnahmegesetzes und Verweigerung der Windelstölle. Gerade in der Frage der Handelsverträge berühren sich die Interessen des Proletariats mit denen der liberalen Bourgeoisie, wenn sie sich auch nicht decken.

Meist aber als auf fremde Stichwahlhilfe vertrauen wir unsrer eignen Kraft! Schließlich ist es immer die Socialdemokratie, die auch die Forderungen des guten Liberalismus, selbst gegen den Willen der Liberalen, verteidigt hat.

Das Wahlergebnis.

Ein kares Urteil über das Gesamtergebnis der Reichstagswahlen ist immer noch nicht zu gewinnen. Ein Telegramm des W. L. B. meldet allerdings vom 18.:

Kunmehr liegen sämtliche 397 Wahlergebnisse vor. Es sind 184 Stichwahlen erforderlich. Gewählt sind 81 Konservative, 88 Centrum, 14 Polen, 6 Reichspartei, 54 Socialdemokraten, 4 Wilde, 6 Erfässer, 5 Nationalliberale, 1 Däne, 1 Reformpartei, 8 Bauernbund.

Die Differenz zwischen den von uns gestern gemeldeten socialdemokratischen Mandaten und dieser Angabe ist dahin zu erklären, daß W. A. R. höchstwahrscheinlich Stichwahl hat (Zahlenangaben fehlen jedoch noch immer), dann ist vermutlich Holzwinden (Calver) in Stichwahl, ferner wird G. o. h. a. (Vod) und Altenburg (Vuchwald) in Stichwahl genannt.

Mangels genauer Zahlenangaben läßt sich auch nur für einen Teil der Stichwahlkreise über die Sachlage ein genaues Bild geben. Soweit solche Angaben zu erlangen waren, haben wir sie in der nachfolgenden Uebersicht zusammengestellt und werden sie sobald als möglich noch zu ergänzen versuchen.

Mit Nationalliberalen.

- Karlshöhe. + 8550.
Ausfallgebend: Centr. 7570, Demokr. 1244, Fr. Sp. 1320, Konf. 2177.
Duisburg. — 908.
Ausfallgebend: Centr. 22 513, Christl. Soc. 1394, Pole 2705.
Schwarzburg-Sondershausen. — 459.
Ausfallgebend: Antif. 2713.
Jena. + 2340.
Ausfallgebend: Nationalfoc. 5067.
Einbeck. — 335.
Ausfallgebend: Konf. 4190, B. d. L. 2060.
Wiesbaden. + 3410.
Ausfallgebend: Centr. 7529, Fr. Sp. 6112.
Ulm. + 2443.
Ausfallgebend: D. Sp. 4658, Centr. 3518, B. d. L. 2031.
Hof. + 3227.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 3780.
Gießen. + 649.
Ausfallgebend: Antif. 4929.
Erfurt. + 8567.
Ausfallgebend: Konf. 5410, Antif. 4904, Centr. 1155.
Rudwig. + 350.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 3120.
Boschum. + 6441.
Ausfallgebend: Centr. 34 544, Polen 7031.

- Mannheim. + 6100.
Ausfallgebend: Centr. 6500, D. Sp. 2800.
Gelle. — 558.
Ausfallgebend: Belfe: 7372, B. d. L. 4418.
Harburg. + 2972.
Ausfallgebend: Belfe: 3639, Bündler: 579.
Offenbach. + 4629.
Ausfallgebend: Centr. 6313.
19. hannoverscher Kreis. + 4382.
Ausfallgebend: B. d. L. 3055, Belfe 1625.
Mühlhausen-Glauch. — 278.
Ausfallgebend: Centr. 4210.
Durlach. + 5204.
Ausfallgebend: Centr. 5014, B. d. L. 1000, Demokrat 800.
Magdeburg. + 5154.
Ausfallgebend: Mittelständler 4594, Centrum und diverse 947.
München I. + 5014.
Ausfallgebend: Centr. 5234, Antif. 1082, Dem. 707.
Dortmund. + 12 000.
Ausfallgebend: Centr. 18 000, Fr. Sp. 1200, Polen 2100.
Guben-Lübben. 1520. (Gegen Carolath).
Ausfallgebend: Konf. 2677.
Hannau. 1000.
Ausfallgebend: vermutlich Konf.
Eisenach.
Mit Konservativen und Bündlern.
11. sächsischer Kreis Wurzen. + 1069.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 2502.
14. sächsischer Borna. + 2126.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 3136.
12. sächsischer Leipzig-Stadt. + 698. (Gegner: Hoffe, Kartell.)
Ausfallgebend: Bif. 3362.
3. sächsischer Naun. + 164. (Gegner Gräfe, Kartell.)
Ausfallgebend: Fr. Sp. 1790, Centr. 968.
Remel. — 359.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 3107, Litt. 3907.
Merseburg. — 2217.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 6641.
Ober-Barnim. + 432.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 2894.
Rafau-Ludau. — 2801.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 5089.
Neu-Ruppin. — 2932.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 5088.
Landberg-Soldin. — 4345.
Ausfallgebend: Fr. Sp. 4698.

Mit Centrum.

- Hildesheim. + 540.
Ausfallgebend: Natf. 7900, Belfe 1700.
Mainz. + 5075.
Ausfallgebend: Natf. 4953, B. d. L. 631.
Würzburg. — 3387.
Ausfallgebend: Natf. 4632.
Köln-Stadt. — 2445.
Ausfallgebend: Natf. 6301.
Düsseldorf. — 181.
Ausfallgebend: Natf. 7717.
Vielefeld. + 4100.
Ausfallgebend: Konf. 2985, Natf. 6754, Christlich-social 1723.
Essen. — 18 150.
Ausfallgebend: Vereinigte nationale Parteien 20 226.

Mit Antifemiten.

- Hensburg + 1081.
Ausfallgebend: Bif. (wilt) 4595, Däne 2509.

Mit Freisinniger Vereinigung.

- Deffen. + 1065. (Gegner Köfide.)
Ausfallgebend: Natf. 5412.
Stettin. + 3670.
Ausfallgebend: Antif. 4940.
Danzig. — 595.
Ausfallgebend: Konf. 3270, Centr. 6515.
Straßburg-Stadt. + 2115.
Ausfallgebend: Centr. 4126.

Mit Freisinniger Volkspartei.

- Eßwege. + ungefähr 1800.
Ausfallgebend: Konf. 3550, Antif. 3175.
Lennep-Wettmann. + 8900.
Ausfallgebend: Natf. 7449, Christl.-Soc. 2887.
Landeshut (Schlesien). — 400.
Ausfallgebend: Konf. 4212, Centr. 3807.
Lippe-Deimold. — 159.
Ausfallgebend: Bif. (wilt) 2716, B. d. L. 2889.
Nordhausen. — 307.
Ausfallgebend: Konf. 3363.
Liegitz. + 427.
Ausfallgebend: Konf. 6202.
1. Oldenburgischer. + 2679.
Ausfallgebend: Nat.-Soc. 3026, Natf. 2185, B. d. L. 2203.
Herslohn. + 2375.
Ausfallgebend: Natf. 7438, Centr. 6624, Natf.-Soc. 1222.
Gagen. + 3425.
Ausfallgebend: Natf. 5933, Centr. 4284, Antif. 1768.

Mit Deutscher Volkspartei.

- Neußlingen-Tübingen. — 341.
Ausfallgebend: Natf. 4714, Centr. 3240.

Mit Wilden.

- Ferikow. — 2231. (Gegen Bismard.)
Ausfallgebend: Fr. Sp. 6480.
Holzminden. + 3100.
Ausfallgebend: Antif. 3400.

- Delißsch-Bitterfeld.** + 1000. Ausschlaggebend: Fr. Vg. 5300.
- R. und S. Dittmarschen.** + 5670. Ausschlaggebend: Fr. Vg. 5658. Nationalsoz. 3024.
- Breslau-Ost.** + 4258. Ausschlaggebend: Fr. Vg. 5267.
- Uckermünde-Neudom.** — 1170. Ausschlaggebend: Fr. Vg. 3972.
- Kottbus.** — 288. Ausschlaggebend: Fr. Vg. 2100.
- Westpreignitz.** — 2100. Ausschlaggebend: Fr. Vp. 2400. Antif. 1150.
- Potsdam-Osthavelland.** + 2192. Ausschlaggebend: Fr. Vp. 5226.
- Schaumburg-Lippe.** — 881. Ausschlaggebend: Fr. Vp. 1267. Antif. 413.
- Selzig-Luderswalde.** + ungefähr 1700 (die gestrige Meldung giebt dem Konservativen ungefähr 2000 St. jubiel.) Ausschlaggebend: Fr. Vp. 3801.
- Frankfurt Oder.** + ungefähr 5800 (gegen Felsich). Ausschlaggebend: Natf. 6300.
- Freiberg-Deberan.** + 4000 (gegen Dertel). Ausschlaggebend: Natf. 4415.
- Merseburg.** — 2200. Ausschlaggebend: Fr. Vp. 6641.

Bürgerliche Stichwahl-Betrachtungen.

In der freisinnigen Presse machen sich jetzt leise Zeichen der Einkehr geltend. Sie sieht ein, daß es so nicht weiter gehen könne und sie sucht aus dem Zusammenbruch wenigstens die letzten Habeligkeiten zu retten. An den freisinnigen Stimmen wird es wesentlich liegen, ob der nächste Reichstag die alte reaktionäre Mehrheit besitzen soll oder ob, was möglich, diese Zweidrittelmehrheit gesprengt wird. Schon das Interesse an guten Handelsverträgen zwingt die Freisinnigen, gegen das Kardorff-Kartell des Zollwuchers anzulämpfen.

Sehr schlichtern und ein wenig komisch entschließt sich die „**Wostische Zeitung**“ (Freis. Volksp.) den Wählern zu raten, gegen den Reaktionär zu stimmen. Sie denkt sich einige Fälle aus, in denen die Freisinnigen für den Socialdemokraten stimmen müßten, wenn nämlich diese Fälle vorkämen:

„Es ist nötig, überall die in die Stichwahl kommenden Personen zu betrachten und die Aufgaben, die der Reichstag in der nächsten Legislaturperiode zu lösen hat, gewissenhaft zu erwägen. Herr Bruhn, der Verleger jenes Blattes, das den Antisemitismus vertritt und das Märchen vom Ritualmord verbreitet, sieht in Stichwahl gegen einen Socialdemokraten. Gäbe hier die liberale Partei den Ausschlag, was nicht der Fall ist, es müßte selbstverständlich erscheinen, daß sie für den Socialdemokraten stimmt. Dasselbe wäre der Fall, wenn Herr Althardt in die Stichwahl mit dem konservativen Gegner gekommen wäre; hier hätten die Freisinnigen für den konservativen stimmen müssen, wie sie im Sieger Wahlkreise Mann für Mann ihre Stimmen gegen Herrn Stöder für den nationalliberalen Kandidaten abgeben werden. Denn in allen diesen Fällen wäre kein Zweifel, wenn liberale Wähler als das kleinere Uebel zu betrachten hätten.“

Solche fingierten Fälle helfen nichts. Daß die „**Wostische Zeitung**“ diesen Wenn-Weg wählt, um den Freisinnigen einzureden, es sei unter Umständen kein Verbrechen, für den Socialdemokraten zu stimmen, charakterisiert die traurige Schwäche des Freisinn. Immerhin erwägt sie auch einen wirklichen Fall, wo aber — charakteristischerweise nicht die Volksparteier, sondern die Nationalliberalen in Betracht kommen. Die nationalliberalen Wähler im Kreise Dertels, meint sie, sollten nicht die Pflicht haben, gegen die Socialdemokratie zu stimmen. Sie sei das kleinere Uebel gegenüber der Junkerschaft:

„Ueberhaupt droht das Agrarierthum auch im neuen Reichstag eine solche Stärke zu gewinnen, daß die Wähler dringenden Anlaß haben, bei den Stichwahlen seine Anhänger nach Möglichkeit zurückzudrängen, zumal da die bürgerliche Linke eine bedauerliche Schwächung erfahren hat. Deshalb wird es allenthalben nötig sein, die Entschlüsse für den zweiten Wahlgang von der Prüfung der Personen und der Beherrschung der praktischen Aufgaben der Volksvertretung abhängig zu machen, ruhig und nüchtern, ohne Rücksicht auf eine allgemeine Parole, und sich der Unterstützung eines der beiden Kandidaten nur zu enthalten, wo keiner als das kleinere Uebel anzusehen ist.“

Zu größerer Entschlossenheit kann sich die Tante Vog nun einmal nicht aufschwüngen.

Die „**Freisinnige Zeitung**“ enthält sich jeder eignen Stichwahl-Betrachtung und bringt lieber einen Leitartikel über die Langsamkeit der Wahlberichterstattung. Dagegen veröffentlicht sie alle reaktionären (konservativen, freikonservativen und nationalliberalen) Auslassungen, die zu einem Zusammenstoß aller bürgerlichen Parteien gegen die Socialdemokratie auffordern, aber keine einzige freisinnige Aeußerung, die eine Unterstützung der Socialdemokratie in Betracht ziehen. Eugen Richter ist alles gleichgültig geworden, selbst die wichtigsten Handelsvertrags-Interessen der Bourgeoisie giebt er preis, nur um seinen Haß gegen die Socialdemokratie auszutoben.

Gegen solche freisinnige Selbstmord- und Selbstverrats-Politik geht die „**Volk-Zeitung**“ (freisinnig-demokratisch) mit aller Energie vor:

„Der Stimmenbettel der reaktionären Kultuseinde stützt sich, soweit er sich an das gute Herz der Wähler der freisinnigen Volkspartei richtet, offenbar auf die Thatsache, daß 1898 in elf Wahlkreisen die Freisinnigen den ärgsten Gegnern des liberalen Bürgerthums, den Konservativen, gegen die Socialdemokratie zum Siege verholfen haben, nämlich in Ober-Barnim, Potsdam-Osthavelland, Westhavelland, Jand-Luderswalde, Striegan-Schweidnitz, Dierschleben-Galberstadt, Bitterfeld-Delißsch, Schwaga-Schmalldien, Hof-Hagenow und Gistrow-Birnitz. (Im Gegensatz dazu haben wir erst kürzlich erwähnt, daß die Socialdemokraten vor fünf Jahren in der Stichwahl den Freisinnigen fünfzehn Mandate verpfändet haben.) Bis hier hat außer der „**Volk-Zeitung**“ noch kein Blatt — von der socialdemokratischen Presse natürlich abgesehen — den konservativen Appell an die Freisinnigen Volkspartei und die dort offiziell allerdings nach Kräften geschürte Socialistenfurcht zurückgewiesen. Und doch steht eines unumstößlich fest: Wenn es dem liberalen Bürgerthum, insbesondere wenn es der Freisinnigen Volkspartei Ernst ist mit dem Kampfe gegen die Reaktion, so hat sie es in der Stichwahl in der Hand, die rechte Seite des Reichstages um nahezu zwei Duzend Mandate zu schwächen, die linke Seite um ebenso viel Mandate zu stärken.“

Die „**Freisinnige Zeitung**“ antwortet auf diese Bemerkungen mit dem Trostgedanken, daß die „**Volk-Zeitung**“ außerhalb Berlins keinen Einfluß habe.

Die „**Kreuz-Zeitung**“ giebt im Auftrage der Parteileitung als Sammlungsparole aus: Sie veröffentlicht an der Spitze des Blattes die folgende Erklärung:

„Die konservative Parteileitung wird, wie wir hören, den konservativen Wählern bei den engeren Wahlen in allen Wahlkreisen, in denen die Socialdemokraten beteiligt sind, die Stimmabgabe gegen diese zur patriotischen Pflicht machen. Wir sind der Meinung, daß diese Parole die allein durch die Sachlage gebotene ist und geben uns der Hoffnung hin, daß sie bei den übrigen bürgerlichen Parteien Erwiderung finden wird. Sie hat zur selbstverständlichen Folge, daß insbesondere im ersten Berliner Wahlkreise alle konservativen Wähler zur Stimmabgabe für den freisinnigen Stichwahlkandidaten, Stadtrathsen Rumpf, aufgefordert werden.“

Ein demütigenderes Vertrauensvotum für den Freisinn ist nicht möglich, als die Erwartung der „**Kreuz-Zeitung**“. Im übrigen merkt sie die „**Kreuz-Zeitung**“ gegen die den Kartellständer führende Meinung des Reichsboten, daß u. a. auch die ultramontanen Reigungen der Regierungspolitik die Socialdemokratie befördert hätten. Der „**Reichsbote**“ (kon.) giebt folgende entsetzte Zuschrift vom Lande der Landwirte wieder:

„Die Socialdemokratie hat in meinem Orte eine solche Zunahme gezeigt, daß man erschrecken möchte. Die wenigen, die noch konservativ oder freisinnig wählen, kann man fast an den Fingern abzählen. Es steht einem in Erstaunen, was alles für Leute socialdemokratisch gewählt haben müssen. Männer, die begeisterte Anhänger ihres Kriegervereins sind, dort freudig in die patriotischen Hochs einstimmen; Männer, die treue, andächtige Kirchgänger sind, in der herzlichsten Weise mit ihrem Pastor verkehren, Männer, deren Händedruck es dem Pastor schon anzeigt, daß ein inneres Band der Liebe und des Vertrauens besteht zwischen diesen Gemeindegliedern und ihrem Geistlichen; Männer, die hartlos fröhlich durchs Leben gehen, keinem ein Wasserchen trüben, auch solche, die ganz selbstständig daselbst, auf ihrem Ackerchen ihr bescheiden täglich Brot gewinnen können, kurz Leute, denen man socialdemokratische Gesinnung wahrlich nicht zutraut. Wie ist das möglich? Die Art der Wahltagation, wie ich sie hier beobachtet konnte, erklärt das vollständig.“

Das Posener Blatt kann das Mirakel nicht erklären. So ungefähr mögen im alten Rom die Heidenpriester es nicht haben begreifen können, daß selbst die anständigen Menschen Christen wurden. Die leuchtende Kraft des Socialismus ist die Lösung des Rätsels. Socialdemokraten sind nicht nur anständige Menschen, sondern sie sind die besten und edelsten Kräfte des deutschen Volkes, der wahrer Adel der Nation, die einzige Partei, die Kraft, Energie, Bildung, Einsicht und Idealismus besitzt. Die Socialdemokratie ist das Volk in seinem höchsten und reinsten Sinn, alle guten Geister der Zeit leben in ihr.

Die „**Deutsche Tageszeitung**“ ist ganz außer Fassung. Die Wünder-Katastrophe hat sie völlig verwirrt. Allerdings ist ziemlich wahrheitsgemäß, daß die kostspielige Organisation des Bundes der Landwirte das Wahlnis nicht lange überleben wird. Circus-Vorstellungen können eben nicht auf die Dauer eine innerlich morsche und verlogene Agitation erhalten. Am Donnerstagsmorgen schrieb die „**Deutsche Tageszeitung**“ ganz vernünftig gegen die Kartell-Aufer:

„Wir haben auch hier (in der gestern von uns gewürdigten Auslassung der Nordd. Allg. Zeitung) wieder die rein mechanische Auffassung, daß es bei den Reichstagswahlen lediglich um Jurisdiktionen der Socialdemokratie ankomme und daß es ganz gleichgültig sei, wie die andern Parteien abschnitten. Diese fast kindliche Auffassung, die in dem Mangel an jeglicher Wahlpore der Regierung und in der völligen Teilnahmslosigkeit derselben begründet ist, wird wahrlich keine zündende Begeisterung für die Stichwahlen hervorrufen können.“

Am Donnerstagsabend aber bringt sie das tollste Zeug:

„Es ist klar, daß, wenn die Regierung die Bevölkerung darüber völlig im Unklaren läßt, daß die Socialdemokratie auf den Umsturz unserer heutigen Gesellschaftsordnung hinarbeitet, und wenn sie die größten Irreführungen der Wähler durch die socialdemokratischen Agitatoren unwillkürlich wirken läßt, ja selbst nicht einmal eine direkte Verhöhnung der leitenden Staatsmänner sie aus ihrer Jurisdiktion herauszubringen vermag, so darf man sich nicht wundern, wenn sich die allgemeine Unzufriedenheit in einer Verklärung der Socialdemokratie Luft macht. Das Aesthetische ist doch lediglich als eine Verbeugung der Reichsregierung vor der Socialdemokratie aufzufassen, sie sollte vor dem Terrorismus der andern Parteien geschützt werden, dieselbe Partei, welche, wie man täglich erfahren kann, selbst einen früher (!) unerhörten Terrorismus ausübt. Selbstverständlich haben sehr viele Wähler, da sie einmal über das Wesen der Socialdemokratie niemals ein ungünstiges Wort von der Regierung gehört haben, andererseits aber beobachten, wie die Regierung der Socialdemokratie durch das oben erwähnte Gesetz möglichst freie Bahn zu schaffen sucht, kein Bedenken mehr getragen, zu Herrn Singer überzugehen.“

Das schreibt die kluge „**Deutsche Tageszeitung**“ über eine Wahl, die eingeleitet wurde durch weitholende Reden des Kaisers, der jeden für ehrlos erklärte, der das Tischhuch mit der Socialdemokratie nicht zerschneidet.

Den Freisinnigen widmet das agrarische Blatt die folgende Bemerkung:

„Parteien, welche aus eigener Kraft gar nicht mehr in der Lage sind, Mandate zu erringen, sondern lediglich von andern Gruppen als kleinere Uebel gewählt werden, haben ihre Daseinsberechtigung verloren, und so wird denn in Zukunft die Linke lediglich durch die Singer und Genossen vertreten sein, denen die auf Krücken in den Reichstag gelangenden bürgerlichen Demokraten als gehorige Diener zur Seite stehen müssen.“

Die „**Nationalliberale Korrespondenz**“, welche die reaktionäre Parteileitung vertritt und von der jener geheime Wahlkartell-Plan ausgegangen ist, den wir seiner Zeit veröffentlicht haben, schließt sich im Gegensatz zur links-nationalliberalen „**National-Zeitung**“ der Kartellparole an:

„Jetzt kommt es darauf an, daß möglichst aller Reid und Streit zwischen den bürgerlichen Parteien vergessen und zu erreichen verübt werde, aus den Stichwahlen noch so viele Gegner der Socialdemokratie herauszukauen, als irgend möglich. . . Für die Stichwahlen muß die Parole lauten: Die bürgerlichen Parteien haben unter allen Umständen der Socialdemokratie gegenüber zusammenzuhalten!“

Warum sich die Leute nur noch liberal nennen!

Auslandsstimmen.

Ueber die Betrachtungen der französischen Blätter werden der „**Wostischen Zeitung**“ folgende Auszüge telegraphiert:

Die socialistische (Jaurès'sche) „**Petite République**“ stellt erneut die Erfolge der Socialdemokratie fest und fährt fort: „Dieser ununterbrochene Aufstieg des Socialismus in der militärischen und kapitalistischen Monarchie ist auch für uns ein tröstliches Schauspiel. Der Grund des Erfolges unserer Freunde ist nicht bloß in ihrer bewundernswürdigen Kampfmethode, sondern auch darin zu suchen, daß die wirtschaftliche Reaktionspolitik des Centrums und der Konservativen den Mittelstand ebenso empört wie die Arbeiter.“

Melnes „**Républ.**“ (reaktionär-agrarisch) schreibt: „Seine Majestät der Socialismus ist der große Sieger der Reichstagswahlen; das war zwar vorhergesehen, macht aber doch einen starken Eindruck. Eine ungeheure Rote scheint jenseits des Rheins aufzusteigen, eine Vorkäuferin naher Katastrophen; allein so beunruhigend die Zukunft ist, man darf doch nicht vergessen, daß der deutsche Socialismus dem unsern sehr unähnlich ist; er ist kein Umsturzheer, sondern nur das Heer aller Unzufriedenen, selbst der kleinen Staatsbeamten. Er ist mit Vernunft und Völkern sehr bürgerlich und opportunistisch geworden, überdies ist er nicht international, wie unser, sondern vaterländisch.“

Man sieht, nicht nur die Socialdemokratie ist international, sondern auch die Dummheit und Albernheit unserer Gegner. In Deutschland spricht man von der gut patriotischen französischen Socialdemokratie im Gegensatz zur vaterlandlosen deutschen, in Frankreich faßelt die Bourgeoisie dergleichen. Die Bourgeoisie aller Länder ist patriotisch genug, die große Klasse ihrer Nation als Ausbund aller Scheußlichkeit zu malen!

Socialistische Pressstimmen über den Wahlausfall.

Noch haben sich nicht alle unsere Parteiblätter über den alle Erwartungen übertreffenden Sieg unserer Partei bei der Reichstagswahl geäußert. Werden doch namentlich in den kleineren Orten die Resultate so spät bekannt, daß bis zu dem Augenblicke, wo die Redaktionen unserer Provinzpresse ihre Blätter abschließen mußten, eine volle Uebersicht über die Größe unseres Erfolges noch nicht vorhanden war. Aus den Pressstimmen jedoch, die bis jetzt vorliegen, klingt helle Begeisterung. Nirgends aber wird die Meinung laut, daß nun die Socialdemokratie ausruhen könne auf den wohlverdienten Lorbeeren; nein, überall herrscht eine Stimme darüber, daß mit Beendigung der Wahlarbeit die Aufklärungsthätigkeit nicht beendet sein dürfe. „**Kast! ich, so rosi! ich!**“ heißt das Wort, das man sich noch inmitten des Siegesjubels zuruft.

„**Lacht die Siegesbanne wehen!**“ überschreibt die **Breslauer Volkswahr** ihren Leitartikel über den Wahlausfall und fährt dann fort: „Das deutsche Proletariat hat einen unvergleichlichen Siegestag erlebt. Mit goldenen Lettern wird in der Geschichte des proletarischen Befreiungskampfes der 16. Juni 1903 eingetragen bleiben. Und mit uns werden jubeln die Arbeitsbrüder des ganzen Erdballs, die gleich uns unter der Last der kapitalistischen Fron schmachten und mit Stolz und froher Hoffnung aufblicken zur Elite der Kausenbewußten Armees, zur deutschen Socialdemokratie.“

Die „**Schleswig-holsteinische Volkszeitung**“ in Kiel charakterisiert den Wahlausfall als den „**bürgerlichen Bankrott**“. „Der hingehörte Freisinn“, schreibt unser Bruderblatt, „dieses Bild drängt sich uns auf, wenn wir die wenigen Wahlergebnisse mustern, die uns in der letzten Nachstunde vorliegen, in der wir diese Seiten auf das Papier waren. Geschlagen aufs neue und glänzends in Kiel und Bremen, geschlagen zum wiederholtenmale in Lübeck, scharfer als je bedroht in Stettin und in andern Orten, das ist das Jammerbild, das der Freisinn nach diesen Zahlen bietet. Geschlagen warum? Wegen seiner eignen Sünden. Statt den Kampf gegen den Proletwucher, gegen den Rechtsbruch zu führen, beteiligte sich diese Partei ungedenkt der Worte ihres Partis, ihres Mommisen hervorragend an der Socialistenhege. Statt dem Volke zu helfen und nach rechts zu schlagen, verriet der Freisinn das Volk und schlug nach links. Aber das Volk ließ nicht mit sich scherzen, es trat mit der Socialdemokratie auf die Schanzen der bedrohten Freiheit. — Der Verlust von Kiel und von Bremen, die jämmerliche Niederlage in Lübeck, der auffällige recht lägliche Abfall des Freisinn im s. schleswig-holsteinischen Wahlkreise, der Mißerfolg des freisinnig-nationalliberalen Wahlkreises in Hensburg-Appenrade, sein Bankrott und Weichen in Straßburg, allüberall das erfolgreiche Vordringen der so gehetzten, verleumdeten und geschmähten Socialdemokratie, das ist die Leistung dafür, daß der Freisinn die letzten Reste politischen Anstandes aufgab, die letzten Erinnerungen seiner liberalen Vergangenheit fallen ließ. Und dazu die sichtbare Fahnenflucht vieler seiner Getreuen! Die demokratischeren Elemente empörte die Rädglosigkeit und sie gingen zur Socialdemokratie. Die rechtsstehenden Leute meinten, wenn man schon einmal reaktionär sein wolle, so solle man auch mit dem freisinnigen Firmenschild brechen und einfach konservativ werden. Deshalb schwenkten diese „**Rechtsfreisinnigen**“ ab und so erklärt sich zum Beispiel, daß Legien in Kiel den Freisinn schlug, daß aber obendrein Thomsen auch noch über den Freisinn triumphieren konnte.“

In Preußen sind es nur drei große Städte, wo unsere Genossen mit dem Ausfall der Wahl am Orte nicht zufrieden sind, so in Magdeburg, in Frankfurt a. M. und in Königsberg, wo man sich allzu sicher fühlte im Besitze des bei der letzten Wahl im ersten Wahlgange errungenen Mandates.

Die „**Magdeburger Volksstimme**“ schreibt über das Resultat am Orte: „Das Siegesbewußtsein kann zu großen Thaten anspornen; es kann aber auch zur Trägheit veranlassen. Taufende verließen sich in thörichtem Wahne darauf, daß es „auf ihre Stimme nicht anfüme“ und verkauften das Erstgeburtrecht ihres Stimmrechts um das Rinfengericht eines schabigen Ueberstundenlohnes. — Wenn die Magdeburger Arbeiter sich jetzt nicht aufraffen, wie wir es erwarten, dann wird das Klassenbewußte Proletariat, welches überall sonst in Deutschland seine volle Schuldigkeit gethan hat, mit Verachtung von der Magdeburger Arbeiterschaft reden, deren Damascenerklänge sonst innerhalb der Socialdemokratie einen guten Klang hatte. Noch ist es Zeit! In Magdeburg hat die Bourgeoisie, die Partei der Volksausbeuter und Unterdrücker, am Tage des Gerichts an die zweite Instanz der Stichwahlen appelliert; unsere Genossen haben nun dafür zu sorgen, daß das Verfassungsgericht dasjenige Urteil fällt, welches die Volksfeinde verdienen!“

Auch die „**Frankfurter Volksstimme**“ muß schreiben: „Vor allen Dingen ist es sehr zu beklagen, daß viele Arbeiterwähler im Voraussehen eines sicheren Sieges von der Wahlurne fern geblieben sind. Die Siegesüberfahrt, von der viele unserer Arbeiter befeelt gewesen sind, hat sich als verhängnisvoll erwiesen. Ein wenig mehr Eifer, ein klein wenig mehr Energie am gestrigen Wahltage von vielen unserer Genossen, und wir hätten mit Leichtigkeit den Sieg an unsere Fahne gehesiet.“

Die „**Königsberger Volkszeitung**“ führt dagegen die Ursache des Mißerfolges weniger auf die Laune der Genossen als auf andre Verhältnisse zurück: „Noch etwas über 300 Stimmen fehlten dem Genossen Haase an der Majorität. Wir wollen dieses Resultat keineswegs beschönigen und als Erfolg ausgeben. Wir können ruhig bekennen, daß wir auf den Sieg im ersten Wahlgange gerechnet haben. Die Ursachen unseres vergleichsweise Mißerfolgs liegen auf der Hand. Die Hauptursache besteht vor allem darin, daß die Königsberger Parteigenossen in den Wahlkreisen der Provinz eine riesige Agitationsarbeit geleistet und deshalb die Hauptstadt ein wenig vernachlässigt haben. So waren wir verheißend, unsere Reihen sogleich zur Hauptwahl voll heranzuziehen. Es gilt also nunmehr, den Vorbereitungen zur Stichwahl unsere ganze Kraft zuzuwenden.“

Von diesen geringfügigen Mißklängen abgesehen stört sonst fast nirgends etwas den Siegesjubel unserer Genossen.

So kann das „**Hamburger Echo**“ schreiben: „Frohen Mutes feiern wir den herrlichen Sieg, der eine Bürgerpflicht neuer, kommender Siege ist. Unser die Welt trotz alledem. — Wo ist das Tischhuch zerschmetten worden? Wo hat sich das Volk von den „**Klenden**“ getrennt? Wo sind die vaterlandlosen Gesellen überunden worden? Wo wurde „die Lotte von Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen“, zerschmettert? Wo hat „der einfache, schlichte Mann aus der Werkstatt“, der nicht Socialdemokrat ist, einen Erfolg erzielt? — Viel hat das deutsche Volk, viel hat die deutsche Arbeiterklasse in den letzten Jahren, in den letzten Monaten hören müssen. Die Antwort, die sofort hätte erteilt werden sollen, erstichte der Anebel, den die Klagengehege gebredelt hat. Eine Unsumme von Jörn und Grimm hatte sich angesammelt. Und da kam endlich der 16. Juni, der Tag, an dem stumm und doch bereit das Volk sich erklärt. Das wurde der rote Tag!“

Die „**Bremer Bürgerzeitung**“ schreibt über den Erfolg in Bremen: „Die erfreulichste Thatsache dieses Sieges aber ist der ungeheure Stimmenzuwachs der Socialdemokratie, die von dem Zuwachs der Wahlberechtigtenzahl nicht weniger denn drei Viertel abforderte und den erheblichen Zuwachs bei der Wahl von 1898 noch ganz bedeutend übertraf. Dieses ungeheure Wachstum der socialdemokratischen Stimmen, das auch überall anderswo in Deutschland lebhaft in Erscheinung tritt, ist der lebendige Beweis von der stetigsten Werbetraft der Ideen des Socialismus. Und diese Werbetraft ist es auch, welche die sichere Gewähr bietet, daß der bremsische Wahlkreis der Socialdemokratie nun und in aller Zukunft gesichert sei.“

Auch der „Liberale Volksbote“ sagt: „Der gestrige Wahlausfall ist insofern von eminenter Bedeutung, als durch denselben dokumentiert worden ist, daß Lübeck ein für allemal der Socialdemokratie gehört. Unser Wahlergebnis ist nunmehr einer unserer festesten Bollwerke gegen die verdeckte oder offene Reaktion geworden.“

Der Ausfall der Wahl in Sachsen hat natürlich bei unsren dortigen Genossen helle Freude hervorgerufen.

„Glänzend, über die Maßen glänzend“, ruft die „Sächsische Arbeiter-Zeitung“ aus, „ist das Wahlergebnis in Sachsen! Sachsen ist rot! so riesen in der gestrigen Nacht die Menschen einander zu, die einen jubelnd, die andern zornig-erbittert, und wieder andre mit leiser Genugthuung. Sachsen ist rot. 18 der 23 Wahlkreise hat die Socialdemokratie im ersten Anlauf erobert und über die verbleibenden fünf schwebt brohend die socialdemokratische Faust. Sachsen, das Musterland der Reaktion, ist das Vorland der deutschen Socialdemokratie geworden. Das ist die Antwort des Volkes auf die dreifachen Herausforderungen der Reaktion, die Vergeltung für die Wahlrechtsverschlechterung, für die konterbaitive Finanzwirtschaft, für die Schuhrückelung der Arbeiterbewegung auf Schritt und Tritt. Die deutliche, unzweideutige Antwort, die Maß auf Maß gebende Vergeltung. Den sächsischen Landtag hat die Reaktion „socialistenrein“ gemacht. Und zum Ersatz ziehen in den Reichstag aus Sachsen bald nur noch Socialdemokraten ein, denn die Situation bei den Stichwahlen ist für unsre Partei durchaus günstig und an eifrigen, bis zum Kerkerhaken angespannter Wahlarbeit werden es unsre Genossen nicht fehlen lassen, denen nun die Hilfe der Organisationen jener Kreise zu gute kommt, wo das rote Banner schon im ersten Gange gehißt wurde! Sachsen ist rot! Das haben die Gegner bewirkt, die Herrschenden Sachsens!“

Die „Leipziger Volkszeitung“ meint: „Wäre es an dem, daß der moderne Staat durch den Stimmzettel umgestürzt werden könnte, — das Deutsche Reich hätte gestern in allen Jagen erdröhnt.“ Ueber die praktische Wirkung des Wahlergebnisses äußert sich unser Leipziger Parteiblatt recht optimistisch: „Der Ausfall der gestrigen Wahlen scheint indes die Bahn für eine positive politische Arbeit des Reichstags frei gemacht zu haben. Nicht allein, daß sie dem Wuchertarif und der Wahlrechtsänderung den Weg verlegt haben, bürgt auch die Stärke der socialdemokratischen Initiative im kommenden Reichstag für die Angreifung socialpolitischer Aufgaben größeren Stils und für die Sicherstellung und Erweiterung der politischen Grundrechte der Staatsbürger. So ohnmächtig diese Volkvertretung bisher war, so lange die bürgerlichen Parteien auf die Geltendmachung parlamentarischer Repressalien verzichteten und sich zu einer parlamentarischen Bureaukratie herabdrücken ließen, die in demütiger Entfugung die laufenden Geschäfte erledigte, so kräftig kann eine große Partei einmal auftrumpfen, wenn sie sich ihres Rückhalts in den Wählermassen sicher ist.“

Die „Schwäbische Tagwacht“ in Stuttgart konstatiert die Tatsache, daß auch die Genossen Württembergs ihr redlich Teil zur Steigerung der Stimmzahl beigetragen haben, welche die optimistischsten Erwartungen übertrifft. „Wir hatten einen starken Zuwachs von Stimmen erwartet, aber daß wir in Württemberg die 100.000 erreichen würden, hat sich kein Socialdemokrat träumen lassen.“

Die „Frankische Tagespost“ in Nürnberg konstatiert aus dem Wahlergebnis, daß die schwere innere Krise, welche die Nürnberger Parteigenossenschaft leider durchzumachen hatte, völlig überwunden sei. In dem Ausfall der Wahlen im Reich erblickt sie ein Vertrauensvotum für die socialistische Reichstagsfraktion. Das Volk hat die Haltung der socialdemokratischen Reichstagsfraktion gebilligt, das Volk hat sein volles Vertrauen den am meisten verurteilten Männern im deutschen Reich erwiesen. Aber nicht bloß dieser moralische Erfolg unsrer Partei freut uns, nicht bloß das glänzende Zeugnis, das sich als selbständig denkende Männer die deutschen Arbeiter ausgestellt haben, erhebt uns, noch weit höher ist der politische Erfolg zu bewerten, den dieser Siegestag bedeutet. Wie fürchterlich ist die socialdemokratische Partei kritisiert worden, von ihrer glänzenden Haltung bei den Zolltarif-Debatten, ob ihrer Erklärungen über ihre künftige Handelsvertragspolitik! Von den Organen der radikalen bürgerlichen Demokratie bis zu den Blättern des zurückgebliebenen Junkertums war nur eine Stimme strengster Verurteilung der „Obstruktion“ im Reichstage, der Erklärungen unsres Wahlausrufes, der Wahlreden Singers und Webers. Alle Parteien hatten den Kampf gegen die Socialdemokratie proklamiert; teils vereinigten sie sich zu engem Bunde gegen uns, teils proklamierten sie den Grundsatz des getrennt Marchierens und des vereinten Schlagens der Socialdemokratie. Sie dachten dabei, daß viele Hunderte des Haken Tod sind, sie werden aber nun mit Zähneklappern eingesehen haben, daß sich die Socialdemokratie aller Feinde erwehrt hat. Mit Schreden gemahnen unsre Gegner, daß die Socialdemokratie, über zahllose Parlamentsleichen schreitend, auf dem Wahlschlachtfelde die Siegesfahne aufspizt, während die Gegner nur ihre blutenden Wunden zu zählen haben!

Zum Schluß sei uns noch gestattet mitzutheilen, wie die Wiener „Arbeiterzeitung“ den Ausfall der Wahl beurteilt. Sie schreibt u. a.: „Aber auch Kaiser Wilhelm hat nun seine Antwort. Er hat den deutschen Arbeitern mit väterlicher Strenge zugeredet, sich von den Socialdemokraten abzuwenden: „Mit solchen Menschen könnt ihr nicht zusammen sein.“ So hat zu den deutschen Arbeitern ihr Kaiser gesprochen, und nun haben sie ihm gründlich Weisheit gegeben. In den zwei Berliner Wahlkreisen, wo die ungeheure Majorität der Socialdemokraten von vornherein sicher und unanfechtbar war, sind 40.000 Arbeiter mehr als heute vor fünf Jahren zur Urne geschritten, nicht um den Sieg ihres Kandidaten zu sichern, der nicht zweifelhaft war, sondern um dem Kaiser Wilhelm zu sagen, was die Ehre des deutschen Arbeiters ist. Er hat sie aufgerufen zur „Königstreue“, sie sind hingegangen, um zu bezeugen, daß sie treu sind der Socialdemokratie, treu der roten Fahne, treu der Sache der Befreiung des Proletariats.“

Politische Uebersicht.

Berlin, den 18. Juni.

Die Internationale!

Auf den Redaktionsbüchern des „Vorwärts“ schwellen die geschilderten und despehierten Glückwünsche aus Berlin, dem Reich, der ganzen Welt, zu Bergen an. Wir verzeichnen heute folgende Klumbegebungen brüderlicher Solidarität:

Gratulieren zum Wahlsiege. Socialdemokraten Rotterdams.

Hermanns.

Die Versammlung der Konsumgenossenschaft „Dageraad“ in Amsterdam ruft den deutschen Genossen zu ihrem herrlichen Siege die besten Glückwünsche zu. Hoch die gemeinsame Sache der Arbeiter.

Wliegen. Deebode.

Der Parteivorstand und die Fraktion in Amsterdam wünschen der deutschen Bruderpartei Glück zu ihrem glänzenden Wahlsiege.

Van Kruijthof, Parteisekretär.

Die Organisation der City von Glasgow sendet den deutschen Kameraden die warmsten Glückwünsche. Silberb.

Wärmsten Glückwunsch! Hoch der internationale Socialismus! Die Arbeiterpartei von Löwen (Belgien).

Hertzlichen Glückwunsch zu Eurem Erfolg. Viel Glück zur Stichwahl! Die Socialisten Neuchâtel.

Die Leitung der socialdemokratischen Partei Ungarns sendet im Namen aller Socialdemokraten des Landes brüderliche Grüße anlässlich Eures Siegesmarches am 16. Juni. Ihr seid wie immer vor der Front, wir folgen begeistert nach. Hoch die internationale Socialdemokratie! Grohmann.

An unsre Freunde in Deutschland! Die socialistisch-revolutionäre Kammerfraktion (Socialistische Partei Frankreichs) begrüßt frohen Herzens den glänzenden Wahlsieg der deutschen Socialisten. Es lebe die Demokratie! Es lebe der Socialismus aller Länder.

Allard. Bouveri. Chauvière. Constant. Contant. Dejeante. Delory. Dufour. Sembat. Thivrier. Vaillant. Walter. Die socialdemokratische Föderation sendet brüderlichen Glückwunsch. Lee-London, Generalsekretär.

Freudig begrüßen wir den herrlichen Sieg der Avantgarde der internationalen Socialdemokratie, der dem Proletariat Rußlands neuen Mut einflößen wird in seinem Kampfe für politische Freiheit und Socialismus. Hoch die sociale Revolution! Das ausländische Komitee des Allgemeinen Jüdischen Arbeiterbundes in Litauen, Polen und Rußland.

Hertzliche Glückwünsche zum großartigen Wahlerfolge.

Egerer Bezirksorganisation.

Dem roten Berlin ein donnerndes Hoch von den Angestellten der Allgemeinen Arbeiter-Krankenkasse in Wien.

Im Auftrage: Polle, Seber, Wosil.

Die Socialisten Sanremos freuen sich über Euren glänzenden Wahlsieg.

Bürgermeister Rombellio.

Ueber den Eindruck, den die Siegesnachricht in Wien hervorrief, wird uns von dort vom 17. Juni geschrieben:

Der so überwältigende, schier märchenhafte Erfolg, den die deutsche Socialdemokratie am Wahltage errang, hat hier den größten Eindruck gemacht; es war wie ein politisches Ereignis des eignen Staates. Die freudige Genugthuung der Arbeiter ist nicht zu schildern; stolzer und ergriffener können auch die Berliner Arbeiter nicht an dem Tage gewesen sein, der ihnen und den Genossen im ganzen Reich einen so unermesslichen Triumph brachte. Die „Arbeiter-Zeitung“ gab um die Mittagsstunde ein Extrablatt heraus, das die freudige Kunde in die Proletarierbezirke trug und dessen 50.000 Exemplare blitzschnell vergriffen waren. In der ganzen Stadt wurde nur von den deutschen Wahlen gesprochen und überall, auch im feindlichen Lager, herrschte über diese gewaltige Beteiligung von Kraft, Begeisterung und Willen uneingeschränkte Bewunderung. Die bürgerlichen Blätter, die ihren Lesern gewohnheitsmäßig auch vor diesen Wahlen erzählten, der Liberalismus sei erwaht und die Socialdemokratie habe, wie die „Neue Freie Presse“ schrieb, „ihren Höhepunkt überschritten“, sind natürlich ganz zerbrochen und bringen es über Lamentationen nicht hinaus. Und in den politischen Kreisen bildet, trotz ungarischer Ministerkrise, die Reichstagswahl den Gegenstand eifrigster Erörterungen, und jedermann fühlt: Gestern hat sich in der Welt ein wahrhaft geschichtliches Ereignis vollzogen. Eines was nicht vergehen kann und dessen fruchtbarere Wirkungen der gesamten Menschheit zu gute kommen werden.

Nach sibirischer Methode.

Die Scharfmacher möchten alles entzweihschlagen! Die „Hamburger Nachrichten“, die in Beziehungen zum Fürsten Herbert Bismarck stehen, verlangen, daß die Regierung den neueröffneten Reichstag sofort wieder auflöst und „endlich denjenigen Schritt thut, um den sie doch nicht herumkommen kann, wenn sie nicht vor der Socialdemokratie kapitulieren will: nämlich ein andres Wahlgesetz zu erlassen, auf Grund dessen einen neuen Reichstag wählen und sich von diesem Indemnität erteilen zu lassen.“

Ähnlich klingt auch der Herzenswunsch der „Berliner Neuesten Nachrichten“. Sie schreiben:

„Geht die Steigerung der Socialdemokratie weiter, daß wir vielleicht in einem Jahrzehnt 100 oder mehr socialdemokratische Abgeordnete im Reichstag haben, und die Umsturzpartei die stärkste wird: dann wird auch die letzte Stunde unsres gleichen allgemeinen Wahlrechts geschlagen haben, und selbst diejenigen liberalen und centristischen-demokratischen Abgeordneten, welche heute einen solchen Verdacht entrüstet weit von sich weisen, werden dann ganz ungeniert bei seiner Befestigung mitthun. Wahrscheinlich muß es so weit kommen, ehe die nötige Reform durchgeführt wird; wenn es dann nur nicht zu spät ist!“

Jene Wähler, die am 25. Juni an die Stichwahl treten und die ihr Wahlrecht wahr zu nehmen wollen, wissen jetzt wenigstens, was das Berliner Scharfmacherblatt von den „liberalen und centristischen-demokratischen Abgeordneten“ hält. —

Um den Terrorismus der Socialdemokratie zu brechen, hat die Regierung den besseren Schutz des Wahlgeheimnisses durchgeführt. So wußte Herr Schweinburg in den „Politischen Nachrichten“ noch knapp vor dem Wahltage zu berichten. —

Offener Stichwahlparade. Vorstand und Ausschuss der vereinigten nationalen Parteien im Wahlkreise Essen haben folgende Wahlparole ausgegeben: „Nach dem ziffermäßigen Ausfall der Hauptwahlen glauben wir es jedem einzelnen unsrer Parteifreunde überlassen zu sollen, ob er bei der am 25. d. M. stattfindenden Stichwahl zwischen dem Centrumsbereiter und dem Socialdemokraten von seinem Stimmrecht Gebrauch machen will oder nicht. Wir sprechen aber die zuverlässige Erwartung aus, daß diejenigen Parteifreunde, welche sich an der Stichwahl beteiligen, ihre Stimme nicht zu Gunsten des Vertreters der Socialdemokratie abgeben werden. Der Gesamtausfall der Hauptwahlen, die der socialdemokratischen Partei neben einer Vermehrung ihrer Mandate in der Hauptwahl auch noch eine Beteiligung an mehr als 100 Stichwahlen gebracht haben, zeigt deutlich, daß derjenige, welcher zu einer weiteren Stärkung der Socialdemokratie beitragen wollte, sich eines schweren politischen Fehlers schuldig machen würde, und wenn in den Kreisen unsrer Parteifreunde gegen die Centrumspartei, wegen der von dieser Partei besonders in den letzten Wahlflugblättern und Wahlplakaten angewendeten skrupellosen Kampfweise, eine heftige und gerechte Erbitterung herrscht, so darf hierüber doch nicht vergessen werden, daß der gemeinsame Feind, der, wie die Hauptwahl gezeigt hat, alle auf das stärkste bedroht und der durch sein Verhalten im Reichstage und durch seine wüste und vergiftende Art der Agitation — die Volkrechte in gefährlicher Weise in Frage stellt, die revolutionäre Socialdemokratie ist. Diesen Feind abzuwehren, erscheint im Augenblick als die hauptsächlichste politische Nothwendigkeit.“

Die Offener national-liberalen Scharfmacher drohen ihren Anhänger für den Fall, daß sie in der Stichwahl socialdemokratisch wählen, mit dem Wahlrechtsraub. Jetzt scheiden sie ja aus der Wahl aus und brauchen darum keine Maßle vorzunehmen. Daß ihre Stichwahlparole den eignen Parteifreunden, soweit sie noch im Kampfe stehen, sehr un bequem werden wird, haben sie nicht bedacht. —

Halle a. S., 17. Juni. Das Wahlergebnis gestaltet sich für die Socialdemokratie noch günstiger, als wie bereits gemeldet worden ist. Der Abgeordnete Kunert, der 1893 erst in der Stichwahl gewählt wurde, brachte es gestern auf rund 20.400 St., während die beiden „freijünglichen“ Gegner, der eine, Amtsgerichtsrat Dr. Hinfel, hatte sich bekanntlich den Agrariern verschrieben, nur 18.880 Stimmen auf sich vereinigen. Bei der Hauptwahl 1898 hatte Kunert nur 17.814 Stimmen erhalten. Die Gegner, besonders die Risikopartei, arbeiteten am Wahltage mit den schändlichsten Mitteln und verbreiteten allerhand von Unwahrheit strotzende Schmähschriften. Auch in den Nachbarkreisen des Regierungsbezirks sind gute Resultate zu verzeichnen. Die wiederholt bei Prozessen von dem verstorbenen Geheimrat Duschner im Gericht aufgestellte Behauptung, die Socialdemokratie wird in den Wänselber Kreisen seinen festen Fuß fassen, ist glänzend widerlegt. Die im dortigen Wahlkreise auf den Genossen Gothe abgegebenen Stimmen stiegen von 2600 auf 9500, während sich die Stimmen für den Vertreter der „Reichstreuen“ Gevershagen um 5500 verminderten.

Wahlkuriosa. In Soiin konnten der Bürgermeister als Wahlvorsteher und der Gemeindevorsteher als Protokollführer des Wahlausschusses ihr Wahlrecht nicht ausüben, weil ihre Namen nicht in der Wählerliste standen! — Ein kluger Geschwätzer hat sich in Altona hervorgetan. Kommt da im 30. Bezirk des ersten Wahlkreises ein Polizeiwachmeister zum Wählen, erhält sein Couvert, steht vor dem Votiertraum seinen Stimmzettel hinein und wirft unter schallendem Gelächter aller Anwesenden das Couvert von oben in den Votiertraum, einem Wähler aufs Haupt.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die ungarische Ministerkrise. Graf Tisza's Bemühungen, ein neues Kabinett zu bilden, haben bisher keinen Erfolg gehabt. Da man nicht glaubt, daß es ihm gelingen wird, den Kampf mit der Opposition zu Ende zu bringen und mit einer kurzen Existenz eines von ihm geleiteten Kabinetts rechnen, scheuen sich die herborragenderen Politiker, einen Ministerposten in diesem zu übernehmen. Graf Tisza hat mit verschiedenen Persönlichkeiten wegen Uebernahme von Portefeuilles Unterredungen gehabt, doch ist bisher wegen Befragung der verschiedenen Ressorts nach keiner Richtung eine Entscheidung getroffen.

Budapest, 18. Juni. Graf Apponyi hat seinen Rücktritt vom Präsidium des Abgeordnetenhauses angemeldet. Angeblich beabsichtigt der Graf auch, sein Abgeordnetens-Mandat niederzulegen. Als Präsident des Abgeordnetenhauses ist Desider Percey, der frühere Minister des Innern im Kabinett Banffy in Aussicht genommen. Der ausscheidende Handelsminister Rang und der Minister für Kroatien, Uch, haben den eisernen Kronenorden I. Kl. erhalten. —

Das Wehrgesetz. Das Wiener „Freundenblatt“ schreibt: Die Meldung, der Entwurf des neuen Wehrgesetzes sei bereits von beiden Regierungen vereinbart, entspricht nicht den Thatfachen. Der Entwurf des neuen Wehrgesetzes ist allerdings fertig gestellt und hat die zweijährige Dienstzeit als Grundlage. Der Entwurf liegt aber noch bei den Reformministern und es hängt von der Entwicklung der Lage in Ungarn ab, wann er beiden Regierungen zur Beurteilung zugestellt wird. Der Entwurf zeigt eine Uebergangszeit von einigen Jahren für den Uebergang von der drei- zur zweijährigen Dienstzeit fest. Selbstverständlich ist die Reform der Dienstzeit auf eine Erhöhung des Rekrutenkontingents aufgebaut, und schon aus diesem Grunde erscheint die unveränderte Annahme der gegenwärtigen Wehrvorlage als Nothwendigkeit, an der bisher von keiner maßgebenden Seite gerüttelt wurde. —

Schweiz.

Der Ständerat in Bern erteilte mit 27 Stimmen gegen eine dem Bundesrat die Ermächtigung zur Kündigung von Anleihen der verstaatlichten Bahnen und zur Ausgabe von 3prozentigen Bundesbahn-Obligationen. —

Frankreich.

Das neue Einkommensteuergesetz. Der Finanzminister Rouvier hat mit dem Budget zugleich der Kammer den Entwurf eines neuen Einkommensteuergesetzes zugehen lassen, das er schon bei seinem Amtsantritt in Aussicht gestellt hatte. Das Projekt räumt mit der Mobilsteuer, ferner mit der altherkömmlichen Steuer auf Thüren und Fenster, die bisher gegen 160 Mill. Frs. ergaben, auf. An deren Stelle tritt eine allgemeine Einkommensteuer, die im Durchschnitt in jeder Klasse auf 1/10 Prozent vom Einkommen bemessen ist. Ferner soll eine Mietssteuer (nach der Höhe der Wohnungsmiete berechnet) erhoben werden. Für die niederen Einkommen ist Steuerfreiheit vorgesehen. —

Italien.

Ein Riesenprozeß, der wiederum charakteristisch ist für die sozialen Zustände in Italien, ist soeben in Palermo zu Ende geführt. Es handelte sich um die Helfer und Helfershelfer des Briganten Barsalona. Von 160 Angeklagten wurden 120 zu Gefängnisstrafen von einigen Monaten bis zu mehreren Jahren verurteilt. Unter den Verurteilten befindet sich ein Marquis de Cordoba und der Baron Rizzo, die zu je 4 Monaten Gefängnis verurteilt wurden; ein anderer Baron und mehrere Geistliche wurden aus Mangel an Beweisen freigesprochen. —

England.

Der deutsch-kanadische Zollkonflikt im englischen Unterhause. Ein Antrag auf Vertagung und dessen Begründung durch Campbell-Bannerman, den Führer der Liberalen, bot am Mittwochabend dem Premierminister Balfour und dem Kolonialminister Chamberlain die Gelegenheit, sich über den deutsch-kanadischen Zollstreit zu äußern. Balfours Aeußerungen waren wenig bestimmt. Dagegen sagte Chamberlain, er erbehe nicht den leisesten Tadel gegen Deutschland, das sein unzweifelhaftes Recht ausgeübt hat. Wir haben kein Recht, dies als eine unfreundliche Handlung zu betrachten oder eine ande Behandlung zu erwarten, so lange die Politik Großbritanniens die ist, sich dieser Behandlung zu unterwerfen. (Beifall.) Deutschland habe in voller Ausübung seines Rechts Kanada aus der Stellung, die es als Mitglied des britischen Reiches einnahm, entfernt und es dem Schema der Tarifbestimmungen unterworfen, durch welche kanadische Güter in Deutschland einem weit höheren Zoll unterliegen. Warum handelt Deutschland in dieser Weise? Die deutschen Zeitungen haben erst vor wenigen Wochen alle miteinander erklärt, die deutsche Politik gehe dahin, Kanada dafür zu strafen, daß es England besondere Vergünstigungen einräume, und dies nicht so sehr, um Kanada zu strafen, als vielmehr um die andren Kolonien abzuschrecken, seinem Beispiele zu folgen.

Chamberlain führt weiter aus: Geht fragt, ob uns eine feindselige Ausnahmebehandlung einer englischen Kolonie bekannt sei. Allerdings. Und wir bedauern sie; nicht in dem Sinne, daß wir uns unter den obwaltenden Verhältnissen beklagen, wir bedauern vielmehr die jetzige Politik, welche eine solche Behandlung möglich macht. —

Rußland.

Ein Attentat auf den Herausgeber des „Wessarabeg“. Auf den Herausgeber des antisemitischen Blattes „Wessarabeg“, dem ein großer Teil der Schuld an der Rischnewer Judenmorde, bemessen wird, ist am Mittwochnachmittag in Petersburg auf der Straße ein Attentat ausgeführt worden. Der Attentäter wurde festgenommen. Er heißt Winus Dschewski und ist ein früherer jüdischer Student des Kiener Polytechnikums. Beim Verhör sagte Dschewski aus, daß er Kruschewan, den Herausgeber des genannten Blattes, für den Urheber der Massakres in Rischnewo halte und Rache nehmen wollte. Die Stichwunde, die Kruschewan erhalten hat, ist nicht lebensgefährlich. —

Bulgarien.

Der Staatsgerichtshof hat in dem Prozesse gegen mehrere Minister des Kabinetts Swantschow gestern das Urteil gefällt. Der frühere Ministerpräsident Swantschow und der frühere Minister der öffentlichen Arbeiten Tontschew wurden wegen Außerachtlassung der Bestimmung des Gesetzes über die Vergebung öffentlicher Arbeiten und wegen Verwahrung einer Subvention an die deutsche Levante-linie ohne Ermächtigung der Sobranje zu je acht Monaten Zwangsarbeit verurteilt. Der ehemalige Minister des Innern Rodostawow wurde wegen politischer Delikte ebenfalls zu acht Monaten Kerker verurteilt. Der ehemalige Finanzminister Tenev wurde freigesprochen. Der Gerichtshof beschloß, alle Verurteilten der Begnadigung der Sobranje zu empfehlen. —

Türkei.

In den Wirren in Mazedonien. Während der Anwesenheit Ratschewitsch in Konstantinopel soll der Pforte von englischer Seite nahegelegt worden sein, sich betreffs der Verurteilung der macedonischen Bewegung mit Bulgarien zu verständigen. Von türkischer Seite wurde dies nicht befolgt, mit Rücksicht auf die Verbindlichkeiten gegenüber Oesterreich-Ungarn und Rußland und da sicher zu befürchten wäre, daß die Zugeständnisse keineswegs dem Treiben der Komitees Einhalt thäten.

Konstantinopel, 17. Juni. In den letzten Tagen wurden in Moskau, Jotib und Kotschana 103 Bulgaren verhaftet und 80 in Freiheit gesetzt. Nach türkischen Angaben ist die Expedition Schanfi Paschas gegen die Reste der albanesischen Opposition im Gebiete Matisse günstig verlaufen. —

Partei-Nachrichten.

Ueber eine lebensgefährliche Agitationstour bemerkt unser Bremerhavener Parteiblatt folgendes: In der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag kehrten die Genossen Schmalfeldt, Vieh, Gerstmann und Thienst von einer liberalen Versammlung aus Dorum zurück. Als der mit zwei Pferden bespannte Wagen das Dorf Bremen schon längere Zeit passiert hatte, wurden die in eine lebhaftere Unterhaltung vertieften Genossen aus derselben plötzlich unliebsam dadurch aufgekreiert, daß der Wagen gänzlich umschlug und Wasser in denselben eindrang. Glücklicherweise waren die Fenster des Wagens offen geblieben und durch das nunmehr über ihren Köpfen befindliche linksseitige Fenster konnten sich die gründlich nahegekommenen Genossen aus dem Wagen retten. Wie sich nunmehr herausstellte, war der Kutscher vom rechten Wege abgewichen und auf einen ausgefahrenen Feldweg geraten, an dessen Seite sich ein breiter und tiefer Wassergraben befand. Hier war jedenfalls, als der Wagen dicht am Rande fuhr, das eine Pferd ins Gleiten gekommen und hat den andern Gaul mit sich ins Wasser gerissen, während der Wagen umschlug und in den Graben fiel. Das eine Pferd, das von dem andern fast unter den Wasserpiegel gedrückt wurde, konnte mit einiger Mühe aus seiner Lage befreit und aufs Trockene gebracht werden. Leider gelang das nicht beim zweiten trotz vereinter Anstrengungen. Da die vollständig durchnässten Genossen in dem kalten Winde den größten gesundheitlichen Schädigungen ausgesetzt waren, ritt Genosse Thienst auf dem geretteten Pferde in das circa eine halbe Stunde entfernte nächste Dorf, um Hilfe zu holen. In dankenswerter Weise wurde dieselbe auch von einer Wirtin geleistet und die Genossen noch zum Teil mit trockener Wäsche versehen. Auf einem gleichfalls zur Verfügung gestellten Fuhrwerk konnten sie dann, in warme Decken eingehüllt, den Heimweg antreten. Hoffentlich melden sich nicht noch nachträglich gesundheitsschädliche Folgen.

Die Fortschritte der dänischen Socialdemokratie bei den Folkethingwahlen am 16. Juni lernt man erst dann richtig würdigen, wenn man in Betracht zieht, daß die Partei diesmal entsprechend dem Beschluß des Aarhuser Parteitages auf jede Wahlhilfe der Liberalen verzichtete, trotzdem aber in mehreren Wahlkreisen, wo es nicht vorteilhaft erschien eigene Kandidaten aufzustellen, die liberalen unterstützte. Die Gegner, die sich der Hoffnung hingaben, die veränderte Wahlakt und der dadurch herbeigeführte Verlust liberaler Wahlstimmen würde einen Rückgang der socialdemokratischen Stimmzahl und Mandate zur Folge haben, mußten sich bitter enttäuscht fühlen, denn die Partei hat seit 1901 12 507 Stimmen gewonnen, 3 Mandate neu erobert und nur 1 verloren. Seit unsrer dänischen Parteigenossen an den Folkethingwahlen teilzunehmen, wachst ihre Stimmzahl ununterbrochen in starkem Maße: 1879 zählten sie nur 263 Stimmen, 1878 waren es 1076; 1892 erhielten sie schon 20 094, 1895 24 508, 1898 31 872, 1901 42 072 und nun 1903 sind es 55 479 socialdemokratische Stimmen. Für die Linke wurden 118 826; für die Rechte 50 559, für die Moderaten 20 613 Stimmen abgegeben. Die Socialdemokratie steht also, wie mit der Zahl ihrer Abgeordneten, auch mit ihrer Stimmzahl an zweiter Stelle unter den Folkethingparteien. Von besonderem Interesse ist es, daß der liberale Finanz- und Verkehrsminister Hage sein Folkethingmandat für den 7. Kopenhagener Wahlkreis an einen Socialdemokraten, den Tischler G. A. Schmidt, verloren hat. Dem Kriegsminister Madson haben die Wähler ebenfalls ein Misstrauensvotum ausgestellt. An seiner Stelle wurde im Wahlkreis Randers-Stadt ein Konservativer mit 1462 Stimmen gewählt; der Kriegsminister erhielt nur 841, unsrer Parteigenosse Mortensen 1259 Stimmen. In 8 Kopenhagener Wahlkreisen wurden die socialdemokratischen Kandidaten ohne Abstimmung gewählt, da keine Gegenkandidaten aufgestellt, und auch keine genügende Zahl gegnerischer Wähler anwesend war, um eine Abstimmung auf „Ja“ und „Nein“ herbeizuführen. Von den bisherigen Vertretern unsrer Partei ist Wilmann-Lyngby mit 1507 Stimmen dem Konservativen, der 1722 Stimmen erhielt, unterlegen. Neu gewählt wurden außer dem bereits erwähnten Parteigenossen G. A. Schmidt, Fabrikant Schiller in Balby und Redakteur Marott in Odense I. Besonders erwähnenswert ist es, daß der Parteivorstand Katmann P. Knudsen wieder in das Folkething eingezogen. Er wurde im 10. Kopenhagener Wahlkreis mit 2494 gegen 1473 Stimmen, die auf den konservativen Gegenkandidaten fielen, gewählt. —

Aus Industrie und Handel.

Bank von England. Wie aus London gemeldet wird, hat die Bank von England, nachdem gestern wiederum der Privatdiskont zurückgewichen war, ihren Diskontsatz von 3/4 auf 3 Proz. herabgesetzt. Der Satz von 3/4 Proz. hat also nur 4 Wochen bestanden, seit dem 21. Mai d. J.

Zuckerverzollung. Auf das Ersuchen um eine authentische Erklärung über den Eingangszoll für Zucker in Deutschland nach dem 1. September hat der Reichszolltarif, wie die „Neue Hamburgische Wörtenhalle“ hört, folgende Antwort erteilt: Der aus den Vertragsstaaten kommende Zucker, ebenso der über die Zollgrenze ausgeführte und ins Inland zurückkehrende Zucker ist vom 1. September ab nach dem Satz von 18,80 M. für den Doppelcentner raffinierten oder dem gleichgestellten Zucker und nach dem Satz von 15,40 M. für den Doppelcentner Rohzucker zollpflichtig, ohne Rücksicht darauf, ob der Zucker vor oder nach dem Inkrafttreten des Brüsseler Vertrages erzeugt oder ausgeführt ist.

Die Handelskammer zu Berlin hat der städtischen Verkehrsdeputation auf deren Anfrage ein eingehendes Gutachten über die geplante städtische Hasen- und Speicheranlage am Stralauer Anger (am rechten Spree-Ufer oberhalb der Oberbaumbrücke) erstattet. Es wird darin die dringende Notwendigkeit schleuniger Inangriffnahme dieser Anlage dargelegt, unter Hinweis auf die völlig ungenügende Leistungsfähigkeit der Bösch-, Lade-, Umschlags- und Speicher-Einrichtungen an den Berliner Wasserstraßen, Mängel, auf welche der auffällige Stillstand in der Entwicklung des Verkehrs auf den so sorgfältig ausgebauten Berliner Wasserstraßen zurückzuführen ist. Der Wasserverkehr hat sich hier im Durchschnitt der Jahre 1900 und 1901, verglichen mit dem Durchschnitt der Jahre 1891 und 1894, nur um 3,7 Proz. gehoben, während er in der gleichen Zeit in Magdeburg um 22 Proz., in Mannheim und Ludwigshafen um 68, in Kehl, Duisburg und Hochfeld um 70 Proz. wuchs. Der Bahnverkehr in Berlin steigerte sich dagegen um 45 Proz. in dem Zeitraum, in welchem der Wasserverkehr nur jene Zunahme um 3,7 Proz. zu verzeichnen hatte. Während beide Transportmittel 1891/94 noch nahezu gleiche Leistungen aufwiesen, fand 1900/01 einer durchschnittlichen Güterbewegung auf dem Wasser von 5 334 000 Tonnen eine solche von 7 744 710 Tonnen auf der Eisenbahn gegenüber. Da der Bahntransport so erheblich teurer ist, so wird mit der zunehmenden Benutzung desselben der Berliner Konsum, um dessen Versorgung mit Nahrungs- und Genussmitteln, mit Bau- und Brennmaterial, mit Rohstoffen für die Industrie usw. es sich wesentlich handelt, mit den großen Mehrkosten dieses unzuverlässigen Transportes belastet; sie betragen beispielsweise auf eine Tonne Getreide von Hamburg hierher etwa 13/4 M. Die Anlage am Stralauer Anger würde nun bei der zu erwartenden modernen maschinellen Ausrüstung das Bösch- und Ladevermögen wesentlich schneller und besser besorgen, als irgend eine andre Stelle bisher in Berlin es that. Eine weitere große Verbesserung würde der neue Hafen durch Ermöglichung des direkten Umschlages zwischen Schiff und Bahn schaffen. Die Handelskammer weist zahlenmäßig nach, daß allein

die städtischen Gaswerke an ihre Bezüge ober-schlesischer Kohlen jährlich 400 000 M. Frachtkosten sparen könnten, wenn ihnen durch eine solche Umschlagstelle ermöglicht würde, einen großen Teil der jetzt mit der Bahn bezogenen Kohlen künftig von Kassel ab zu Schiff kommen zu lassen, und sie hier wieder auf die Bahn zu laden, die sie dann den einzelnen nicht am Wasser gelegenen Gasanstalten zuführen hätte. Die volle Bedeutung wird die Anlage aber erst dadurch erlangen, daß außer der Bösch- und Umschlagseinrichtung auch Speicher zur Lagerung von Gütern errichtet werden, was mit relativ geringen Mehrkosten geschehen kann. Diese, einem großen Warenverkehr unentbehrlichen Lagergelegenheiten wurden früher wohl von privaten Gewerbetreibenden ausreichend zur Verfügung gestellt, doch sind die Terrains immer mehr der anderweitigen Bebauung verfallen, und es wird dies weiterhin geschehen, so daß geradezu eine Speicherknotensituation in Aussicht steht. In gewissem Maße besteht diese auch jetzt schon; antommendes Getreide findet manchmal kein Unterkommen. Der Zwischenhandel Berlins zur Versorgung seines Hinterlandes ver kümmert unter dem Mangel der Gelegenheit zum Umschlag und zur Zwischenlagerung. Die Stadt ist die einzige, die diesen Mängeln abhelfen kann, unter andern deshalb, weil sie am Stralauer Anger das einzige noch in Betracht kommende Terrain besitzt. Das zu investierende städtische Kapital wird aller Voraussicht nach auf die Dauer eine angemessene Rente abwerfen. Die Bedenken, welche die Lage des Stralauer Angers am Ostende der Stadt namentlich für die von Westen kommenden Schiffe erwecken könnte, werden wesentlich gemindert durch den Bau des Teltow-Kanals, auf welchem die Schiffe von der unteren Havel einen neuen, nicht längeren, aber wesentlich bequemeren Zugang zum Hafen der Stadt gewinnen werden, während zugleich die Spree von ihnen entlastet wird.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Achtung! Vergolder. Die Differenzen bei der Firma Müller (Inhaber Raabe), Fruchtstr. 63, sind beigelegt, da sich Herr Raabe mit dem Vorstand geeinigt hat.

Achtung! Kürschner. Da es der Lokalverband der Kürschner ablehnt, die jetzige Kurstunden-Verordnung mit uns gemeinsam durchzulassen, so ersuchen wir alle Mitglieder des Deutschen Kürschner-Verbandes, wo dieselben in Mitteleuropa gezeugen werden, sich unverzüglich Landwehrstr. 11 bei Ludwig zu melden. Streikkontrolle jeden Tag vormittags bis 11 Uhr. Auskünfte erhalten die Kollegen jeden Abend daselbst bis 10 Uhr.

Deutscher Kürschner-Verband (Zahlstelle Berlin).

Deutsches Reich.

Achtung! Barockvergolder (Spiegelrahmen-Vergolder). In Fürth (Bayern) haben sämtliche Vergolder v. d. Maschradler bei der Firma W. Burger wegen miserabler Bezahlung die Arbeit niedergelegt. Sie verlangen Abschaffung der Accordarbeit und Einführung eines Stundenlohnes. Zugang ist streng fernzuhalten. Die Arbeiterpresse wird um Abdruck gebeten.

Der Hauptvorstand des Verbandes der Vergolder Deutschlands.

Zur Ausbesserung in Hannover. Im Auftrage des Regierungspräsidenten versuchte ein Senator eine Einigung der beiden Parteien herbeizuführen. Die Unternehmer wollten aber von einer Beilegung des von ihnen herbeigeführten Konflikts nichts wissen, und so blieb alles beim alten. Ausgespart sind bis jetzt 965 Personen. Außerdem sind 110 Maurer wegen des Zimmerstreiks ohne Arbeit. 112 Beteiligte sind abgereist. Die Maurer haben beschlossen, daß die in Arbeit gebliebenen Maurer, welche auf Bauten oder in Geschäften arbeiten, wo Maurer ausgespart sind, die Arbeit einzustellen haben. Auf keinem Bau dürfen neue Arbeiten begonnen werden.

Die Dandbeder in Leipzig haben ihren Streik beendet, nachdem durch beiderseitiges Entgegenkommen folgende Bedingungen vereinbart wurden: Raumfristige Arbeitszeit, vom 16. Juni ab 58 Pf., vom 1. September 60 Pf. Minimalstundenlohn. Für Klebstich- und Jahrgangarbeiten 70 Pf. pro Stunde. Dampfbohrerarbeiten werden mit einer Warte pro Stunde entschädigt. Ueberstunden dürfen nur in dringenden Fällen gemacht werden und wird hierfür 65 Pf. Stundenlohn bezahlt. Accordarbeit ist gänzlich ausgeschlossen.

Ausland.

Die Ausstände in Italien im Jahre 1902. Rom, den 14. Juni. (Ep. Ber.) Der Abgeordnete Mazzia hat dem Bericht über das Budget des Innern einen Ueberblick über die Streikbewegung des vergangenen Jahres beigegeben, der zwar unvollständiger ist als die früher erfolgende Veröffentlichung des statistischen Amtes, aber einstweilen einen allgemeinen Begriff der Bewegung giebt.

Während im Jahrzehnt 1890/99 im Jahresdurchschnitt 160,3 Ausstände in Italien stattfanden, stieg die Zahl für das Jahr 1900 auf 333 mit 80 558 Streikenden, für 1901 auf 1844 mit 438 000. Im Jahre 1902 zeigt sich ein Rückgang auf 1087 Ausstände an denen 346 497 Arbeiter teilnahmen. In 606 Fällen wurde eine Lohnerhöhung gefordert, in 176 Herabsetzung der Arbeitszeit, in 84 Veränderung der landlichen Nachtverträge, in 46 Veränderung der Arbeitsmethoden usw. 563 Ausstände endigten zu Gunsten der Arbeiter, 524 ohne Vorteil für diese. Zum zeitweiligen Einstellen des Betriebes führten 1050 Streiks, zur dauernden Schließung 8, keine Unterbrechung der Fabrikation brachten 29 mit sich. Verurteilungen für Streikvergehen kamen 558 vor, Freisprechungen 479.

Begreiflicherweise hat Norditalien die höchste Streikfrequenz: 777 Ausstände mit 233 913 Arbeitern; Mittelitalien weist 189 Streiks mit 62 204 Streikenden auf, der Süden 70 Einstellungen mit 39 417 Teilnehmern. Der Prozentsatz der Siege ist aber in den drei Landesteilen fast der gleiche.

Sociales.

Ueber Bleierkrankungen im Solinger Industriebezirk hat der dortige Gewerbe-Inspektor an der Hand der Statistik der Orts-Krankenkasse Untersuchungen angestellt. Die Untersuchungen erstreckten sich auf die Metallarbeiter, insbesondere aber die Feilenhauer einschließlich der Feilenhauer der Hausindustrie. Danach wurden ermittelt in den Jahren 1899, 1900 und 1901 bei durchschnittlich 902, 925 bzw. 800 Rassenmitgliedern: 253, 291 und 180 Krankheitsfälle, mit im ganzen 5222, 6098 bzw. 4198 Krankheitsstagen. Davon kommen auf Bleierkrankungen 2,7 und ein Fall mit 16,83 bzw. einem Krankheitsstage. Aus dem Jahre 1902 sind Bleierkrankungen nicht zur Anmeldung gelangt. Der Beamte bemerkt hierzu, daß in der Feilenhauerzunft seines Bezirkes den Zunftbetrieben immer mehr der Vorzug vor den Bleibetrieben gegeben wird. Dasselbe wird aus dem Stadtbücher Bezirk berichtet.

Gerichts-Zeitung.

! Die Klage zurückgezogen hat der Werkmeister Engel von der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft, die er gegen die Arbeiterin J. A. d. e. angestrengt hatte wegen einer von ihm zur Fabel gehaltenen Kupferung: „Wenn Sie für diesen Lohn nicht arbeiten können, lassen Sie reiten, dann verdienen Sie mehr.“ Die J. A. d. e. hatte von der Kupferung Kolleginnen und der Direktion Mitteilung gemacht. Engel beschränkt die Kupferung und sagte. Der erste Termin wurde verlegt, obwohl selbst der Gerichtsvorsitzende den Kläger darauf hinwies, sich nicht unnötigweise noch mehr Kosten zu machen. Inzwischen aber scheint Engel sich eines Besseren besonnen zu haben.

Aus Rot. Wegen Tierquälerei mußte sich am Mittwoch der Antsker H. aus Friedebau vor der Schöffengerichtung des Berliner Amtsgerichts II verantworten. H. hatte gegen ein Strafmandat

in Höhe von 15 Mark Widerspruch erhoben. Die Beweisaufnahme ergab folgenden Sachverhalt. Am 11. März dieses Jahres wurde H. in der Ringstraße von dem Polizeiwachtmeister R. angehalten, da ein vor sein Fuhrwerk gespanntes Pferd an der Brust handgroße Beulen hatte, aus denen der Eiter über das Joch lief. Durch die fortwährende Reibung des Geschirrs hatten sich offene Stellen gebildet, die durch Staub und Schmutz, sowie durch die völlige Vernachlässigung der Wunden, allmählich in Eiterung übergegangen waren. Auf Anordnung des Polizeiwachtmeisters wurde das Tier sofort ausgepörrt und einem Tierarzt zugeführt, der auf operativen Wege die Eiterbeulen entfernte. — Die Verhandlung vor dem Schöffengericht entrollte ein trauriges Bild der sozialen Lage des Antsker und ließ die Handlungsweise des Ungeschuldeten in milderem Lichte erscheinen. H. hatte bereits zwei Strafmandate wegen Tierquälerei erhalten. Nach dem ersten Mandat teilte er seiner Dienstherrin, der Fuhrwerksbesitzerin B. hier selbst den Vorfall mit, und hat sie um ein anderes Pferd. Man versagte ihm dies. Als H. nun erklärte, er könne doch nicht mit einem kranken Tier fahren, er würde sich ein neues Strafmandat zuziehen, antwortete man ihm: wenn er nicht fahren wolle, brauche er nur die Arbeit niedergulegen, es wären eine Menge anderer Leute da, die auch mit dem kranken Pferde fahren würden. Bei dem herrschenden Arbeitsmangel seine Stellung nicht zu verlieren und seine Familie hungern zu lassen, blieb ihm nichts anderes übrig, als mit dem kranken Pferde zu fahren. Ein paar Tage später wurde H. wieder freigestellt. Die reiche Inhaberin des Fuhrwerks bezahlte das gegen sie gerichtete Strafmandat, der arme Antsker mußte jedesmal eine Freiheitsstrafe verbüßen, da er die 15 Mark nicht zahlen konnte. Die drei Tage wurden ihm obendrein noch abgezogen. Unter Berücksichtigung der ganzen Thatsache hob das Schöffengericht den Strafbescheid auf und erkannte nur auf 3 Mark Geldstrafe eventl. einen Tag Haft.

Der „Märkische Dieb“

Aus dem Justizsaal zu Brandenburg a. O. vorgeführt, hatte sich am Mittwoch vor der Potsdamer Strafkammer der unter dem Namen „Märkischer Dieb“ bekannte und gefürchtete Räuber und Zinbrecher Franz Pfuhl zu verantworten. Derselbe verhaftet wegen zahlreicher Einbrüche, räuberischer Ueberfälle und Stillschleitsverbrechen, die er in der Umgebung Berlins, in Müdersdorf, im Romanow-Neuendorfer Schützenhause u. begangen hat, außer einer 13jährigen, auch eine lebenslängliche Zuchthausstrafe. Wohl der Umstand, daß er nunmehr keine höhere Strafe erhalten kann, hat Pfuhl, der sehr schwerhörig ist und deshalb mittels Hörschloß vernommen wird, bezogen, in den meisten Fällen der gegen ihn noch zur Anklage stehenden Strafsachen ein Geständnis abzulegen. Er gesteht zu, in der Nacht zum 6. September 1899 in Neu-Babelsberg bei dem Villenbesitzer Benjamin aus Berlin einen Einbruch verübt und dabei Kleidungsstücke und silbernes Tafelgerät gestohlen zu haben. Letzteres will er teilweise veräußert, teilweise im Walde vergraben haben, wo, weiß er aber jetzt selbst nicht mehr. Pfuhl hat bei diesem Diebstahl einen etwa einen Centner schweren Balken zu tragen gehabt und wohnte damals in Hildebrandshof bei Rauen, so daß anzunehmen ist, daß er einen Komplikanten hatte, was er aber durchaus nicht zugeben will. Er gesteht ferner einen in der Nacht zum 1. Dezember 1899 bei dem Rechtsanwalt Dr. Heimann aus Berlin in Neu-Babelsberg vollführten Einbruchdiebstahl, bei dem ihm ein Fahrrad, zwölf silberne Becher, diverse andre Silbergegenstände und hundertsechzig Mark bares Geld in die Hände fielen, zu. Unweit von Neu-Babelsberg, bewohnte im Sommer der Geh. Regierungsrat Jfenbarth aus Berlin eine einsam am Stolper See gelegene Villa. Diese im Winter leerstehende Villa wurde mehrmals von dem Einbrecher heimgesucht. Er gesteht zu, in der Nacht zum 18. Dezember 1899 dieselbe erbrochen und aus derselben mehrere Gegenstände gestohlen zu haben. Auch am 26. März 1899 hat Pfuhl zum zweitenmal die Villa aufgesucht und in derselben eine Brandstiftung verübt. Der Verbrecher sucht dies so darzustellen, als sei ihm beim Ausgehen von Petroleum auf eine brennende Lampe dieselbe aus der Hand gefallen, wodurch dann die Wohnung ausgebrannt sei. Geh. Rat Jfenbarth hat aber später von den Feuerwehrlenten erfahren, daß mehrere Brandherde in der Villa vorhanden waren, so daß wohl vorsätzliche Brandstiftung vorliegen dürfte. Nach dem ersten Einbruch fand Geheimrat Jfenbarth in der Villa drei Theelöffel, die zum Verzehren von Kompott benutzt waren, woraus er den Schluß zog, daß mehrere Einbrecher vorhanden gewesen sein müßten. Pfuhl erklärte jetzt aber, daß er mit Absicht drei Theelöffel benutzt habe, um den Anschein zu erwecken, als habe er vom Potsdamer herum eine Räuberbande. Als Geheimrat Jfenbarth später seine Villa bewohnte, wurde auf ihn eines Abends von außen geschossen und er dadurch am Arm verwundet. Wegen versuchten Mordes wird sich Pfuhl dieserhalb im Herbst vor dem Schwurgericht noch einmal zu verantworten haben. Daß er außerdem noch in Wannsee dem Gastwirt Hannemann ein Fahrrad gestohlen hat, bestritt er und kann ihm dies auch nicht nachgewiesen werden. Pfuhl wurde, gemäß dem Antrag des Staatsanwalts, zu noch 2 Jahren Zuchthaus als Zusatz zu der zeitlichen Strafe, verurteilt. Er nahm dieselben gleichmütig hin und hat um die Photographien seiner Eltern, die sich bei den Akten befinden.

Die Brandigung des Apothekenboykotts steht bevor!

Die außerordentlich stark besuchte Versammlung der Krankenfassen-Vorstände und Verwaltungsbeamten, die gestern im Gewerkschaftshause tagte, erklärte sich im Prinzip mit den zwischen der Zentralkommission und dem Vorstände der Apotheker-Vereinigung vereinbarten Einigungsbedingungen (über die wir in Nummer 134 berichteten) einverstanden und beauftragte die Zentralkommission, auf Grundlage dieser Bedingungen möglichst zum 1. Juli d. J. einen Vertrag mit den Apothekern abzuschließen.

Der Beschluß wurde mit allen gegen etwa 15 Stimmen gefaßt, trotzdem sich vorerst eine ziemliche Opposition gegen einige Punkte der Einigungsbedingungen bemerkbar machte.

In der Versammlung waren 46 Deuts., 42 Hilfs-, 12 Betriebs-, 8 Vororts- und 8 Innungs- Krankenfassen, insgesamt 116 Rassen vertreten.

Letzte Nachrichten.

Ueber das Vorgehen der Polizei anlässlich der gestrigen Webel-Versammlung im „Reinpalast“ gehen uns zahlreiche Beschwerden zu. Vor dem Versammlungstokal in der Durgstraße hatten sich Hunderte von Menschen angesammelt, die keinen Einlass mehr in den frühzeitig abgepörrten Saal bekommen konnten. Plötzlich seien Schußkugeln zu Pferde, ohne daß eine Aufforderung zum Auseinandergehen gehört worden sei, ohne jede Rücksicht in die Menschenmassen hineingeritten. Dabei sind eine Anzahl Personen verletzt worden. Zwei Personen, ein Fräulein und eine Frau mußten, da sie sich nicht fortbewegen konnten, in Droschken nach ihren Wohnungen geschafft werden. Eine Frau Andren mußte erst auf der Unfallstation verbunden werden; sie hatte eine Verletzung am linken Schulterblatt erlitten.

Unser Vertrauensmann, der beruhigend auf die Anwesenden einzuwirken versuchte, wurde von einem Schutzmännchen vor die Brust gestochen.

Es würde sich wirklich empfehlen, wenn in politisch aufgeregten Zeiten auch die Polizei sich etwas weniger nervös zeigte. Wie uns von Augenzeugen mitgeteilt wird, waren in der Webel-Versammlung in der „Tonhalle“ am Montag weit mehr Leute auf der Straße, die sich aber Dank der besonnenen Haltung der Polizei bald verließen.

Streifzüge durch das Wahlfeld.

Potsdam-Spandau-Osthavelland.

Das wahrhaft glänzende Resultat, welches der 18. Juni unserer Partei in der bisherigen Domäne des „Reißbienen- und Kalbsknochen-Pauli“ gebracht hat, übersteigt bei weitem die kühnsten Erwartungen.

Während 1898 sich für unsere Partei nur ein Zuwachs von 1478 Stimmen ergab und wir damals nur 38,2 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf uns vereinigten, haben wir diesmal mit 15 717 Stimmen (1898: 11 618) bei erheblich stärkerer Wahlbeteiligung einen Prozenttag von 45,4 der abgegebenen 34 694 Stimmen erreicht.

Während 1898 sich für unsere Partei nur ein Zuwachs von 1478 Stimmen ergab und wir damals nur 38,2 Proz. aller abgegebenen Stimmen auf uns vereinigten, haben wir diesmal mit 15 717 Stimmen (1898: 11 618) bei erheblich stärkerer Wahlbeteiligung einen Prozenttag von 45,4 der abgegebenen 34 694 Stimmen erreicht.

Und diese erhebenden Resultate trotz der schimpflichsten Wahlbeeinflussungen, Saalabtreibungen usw. seitens der Gegner! Aus zahlreichen Wahllokalen hat man unsere Kontrolleure hinausgewiesen, und es bedurfte in jedem Falle des Eingreifens des Wahlkommissars!

Spandau hat trotz des erfreulichen Stimmengewinns von 1500 nicht die gegängelten Erwartungen gerechtfertigt; es liegt dies zum Teil an der feigen und niederträchtigen Kampfweise unserer Gegner, welche noch in letzter Stunde die Staatsarbeiter durch dunkle Drohungen mit Entlassungen einzuschüchtern versuchten.

Wahlbeeinflussung in Kalau-Ludau.

Wahlbeeinflussungen und Unregelmäßigkeiten größter Art haben sich bei den Wahlen hier ergeben. In K. L. Käschchen konnten gegen 200 polnische Arbeiter, die schon zeitig erschienen waren, ihr Wahlrecht nicht ausüben, weil durch das unständliche Vorbuchstabieren der polnischen Namen eine Unmenge Zeit verloren ging.

In Woblich und Suchow verteilte der Gemeindevorsteher im Auftrag des Schulzen die konservativen Stimmzettel von Haus zu Haus, ebenso in Stradow, wo der Schulze Stober sogar einem Wähler der sozialdemokratischen Partei aus der Hand riß und ihn dafür einen konservativen Zettel gab.

Trotz dieser Manipulationen ist unsere Stimmzahl ganz gewaltig gewachsen. Von 5487 auf 9000 Stimmen, ein Erfolg, den man nicht erwartet hatte.

Das Musterland der Reaktion.

Bei den Kartellwahlen von 1887 ist in Sachsen kein einziger Sozialdemokrat gewählt; sechzehn Jahre später, im Jahre 1903 kam kein bürgerlicher Kandidat durch.

Wir haben in Sachsen in den letzten fünf Jahren 150 000 Stimmen gewonnen, das ist eine Zunahme von 50 Proz. In allen Kreisen sind wir vorgegangen und die geringste Zunahme hat Pitzau mit 3400 neu gewonnenen Stimmen.

Die Stimmzahlen des Kartells sind fast überall stark zurückgegangen. In Freiberg sind für Dertel etwa 3000 Stimmen weniger abgegeben worden. In Plauen hat der Agrarier Reidler eine empfindliche Schlappe erlitten.

Aber auch die Nationalliberalen sind nicht besser weggekommen, wie die Agrarier. Gasse, der seinen Wähler alles versprochen hat, was sie wünschten, muß in der Stichwahl fallen.

Wie die Polizei vorging, ist aus zahlreichen Berichten bekannt. Für heute nur zwei Beispiele, die in der „Leipziger Volkszeitung“ erwähnt werden: Im 11. Wahlkreis wurden in der letzten Wahlkampagne nicht weniger als 48 Versammlungen verboten.

Der Norden, der an der sächsischen Ordnung diese Kur vollbracht hat, bietet jetzt zu den Stichwahlen den bürgerlichen Wählern seine Hilfe an.

Die Bromberger Wahlen sind ungültig.

Mit dem Mittel der amtlichen Wahlbeeinflussung ist im Regierungsbezirk Bromberg gearbeitet worden. Von dort liegt uns ein geheimes Rundschreiben des Regierungspräsidenten vor, dessen Inhalt folgendermaßen lautet:

Im bei den bevorstehenden Wahlen zum Reichstag und zum Abgeordnetenhaus thut sich ein Sieg des polnischen Kandidaten entgegenwirken, ist es Pflicht jedes Deutschen, sein Wahlrecht in nationalem Sinne auszuüben.

Nicht zum wenigsten sind aber nach dem Inhalt des Staatsministerial-Beschlusses vom 12. April 1898 die Beamten berufen, alle ihre Kräfte in den Dienst der nationalen Sache zu stellen; das wird ihnen um so leichter werden, als nicht anzunehmen ist, daß eine Zerplitterung der deutschen Parteien die Entscheidung der Wahlen für den einen oder den anderen Kandidaten erschweren wird.

Ich mache Ihnen hiernach die Erfüllung der Ihnen vorzugsweise obliegenden nationalen Aufgabe zur ausdrücklichen Pflicht und erlaube, die Beamten Ihres Geschäftsbereiches entsprechend zu verständigen.

Dienstreisen sind an den Wahltagen möglichst zu vermeiden. In Vertretung: gez. M. v. Lügow.

Der Bromberger Regierungsbezirk umfaßt fünf Wahlkreise. In Bromberg ist der Scharfmacher v. Liedemann gewählt worden, in Kolmar Garmkau steht der konservative Rindler mit dem Polen in ziemlich ausgleichsvoller Stichwahl.

Stetsbische Wahlvorsteher-Manieren in Frankfurt a. M.

Bei der Wahl vom 16. Juni haben sich in Frankfurt a. M., wie die „Volksstimme“ mitteilt, eine ganze Reihe von Ungeheuerlichkeiten und Willkürakte ereignet. Das Schönste dürfte sich der freisinnige Wahlvorsteher des 12. Bezirks (Turnhalle der Katharinenkirche, Alte Rothhofstraße), Rechtsanwalt Dr. Heinrich Meyer, wohnhaft Steinweg 3, erlaubt haben.

Während der Wahlhandlung dürfen in dem Wahllokal weder Beratungen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt, noch Stimmzettel ausgelegt oder verteilt werden.

Alles Intervenieren von unserer Seite war fruchtlos. Er ließ uns unsere Genossen einfach hinausgehen, und als diese dem Befehl nicht nachkamen, ließ er sogar den Polizeikommissar nebst Wachtmeister des Reviers holen, um die beiden renitenten Genossen polizeilich entfernen zu lassen.

Der Zusammenbruch des Kartells in Bremen.

Nicht nur in Sachsen, sondern auch in Bremen hat es sich erwiesen, daß nichts so geeignet ist, den bürgerlichen Liberalismus vollends zu zerstückeln, wie die Kartellierung gegen den „Ulmsturz“. In Bremen hat der Freisinn den Liberalismus an die Reaktion verdrängt, Herr Frese, der freisinnige Kandidat, hat, obwohl der Vereinigung angehört, mit den wildesten Hejeren und Verleumdungen des „Sozialistenpiegels“ gearbeitet.

Die „Vossische Zeitung“ enthält eine charakteristische Wahlberichterstattung aus Bremen, deren Verfasser wohl ein Redakteur der „Vossischen Zeitung“ ist, der also einen Entschuldigungsbericht in eigener Sache schreibt.

Nach wenigfachen Rundgebungen von auswärts mangelt es Bremen nicht an bedauerlicher Teilnahme an der Niederlage, die sein Bürgerium mit der freisinnigen Wahlkandidatur Frese erlitten.

Die „Vossische Zeitung“ enthält eine charakteristische Wahlberichterstattung aus Bremen, deren Verfasser wohl ein Redakteur der „Vossischen Zeitung“ ist, der also einen Entschuldigungsbericht in eigener Sache schreibt. Wir geben ihn als Dokument der Verblendung wieder:

berechtigte mehr in den Listen standen als 1898, meist zu gezogenen Leute, darunter viele Fabrikarbeiter. Die Katholiken haben seit lange keinen eignen Namen aufgestellt. Da sie warm für Frese eingetreten sind und auch die polnischen Arbeiter zu gewinnen suchten, so werden ihre 8000 Stimmen meist für Frese abgegeben worden sein.

Der Mann gehört zu den Unbelehrbaren des Liberalismus. Das beweist seine Zuschrift, in der er sogar mit dem Gedanken spielt, das Unheil komme von den „meist zugezogenen Leuten“, d. h. den Gedanken erwidert, ob man nicht das Wahlrecht an die Geschäftigkeit knüpfen könne.

Der Bremer Freisinn will keinen „Fehler“ gemacht haben. Ja, warum hat denn der liberale Gedanke die werbende Schwungkraft eingebüßt? Warum geht alles zur Sozialdemokratie über? Gewiß, die Sozialisierung der Köpfe ist eine Notwendigkeit, die sich unter allen Umständen durchsetzen wird.

Die Wahllogitation übertrug an infamster Kapuzenlocher Sozialistenbege die schlimmste Scharfmacherei. Das war der „Fehler“, den der Bremer Korrespondent nicht erkennen will.

Das Ruhrrevier eine Domäne der Sozialdemokratie. Unfre Voraussage, der 16. Juni 1903 werde im Ruhrrevier ganz besondere Überraschungen bringen, hat ihre volle Bestätigung durch den Wahlausfall gefunden.

Über das ganze Ruhrrevier ergoß sich die rote Flutwelle. In den genannten vier Wahlkreisen nahm die Zahl der sozialistischen gültigen Stimmen um rund 70 000 zu! Die Gesamtzahl der in diesen Kreisen abgegebenen sozialistischen Stimmen stieg von 50 000 im Jahre 1898 auf 120 000 in 1903, das ist eine Zunahme von 140 Prozent.

Über das ganze Ruhrrevier ergoß sich die rote Flutwelle. In den genannten vier Wahlkreisen nahm die Zahl der sozialistischen gültigen Stimmen um rund 70 000 zu! Die Gesamtzahl der in diesen Kreisen abgegebenen sozialistischen Stimmen stieg von 50 000 im Jahre 1898 auf 120 000 in 1903, das ist eine Zunahme von 140 Prozent.

Insgesamt wurden Stimmen abgegeben (in runden Zahlen): Sozialdemokratie 22 370, Reichl. Centrum 98 000, Freis. Polen 2 000, Christl. Sozial. 1 400.

Table with 4 columns: Kreis, 1898, 1903, 1898, 1903. Rows: Sozialdemokraten, Nationalliberale, Centrum, Freisinnige, Polen.

Insgesamt wurden Stimmen abgegeben (in runden Zahlen): Sozialdemokratie 22 370, Reichl. Centrum 98 000, Freis. Polen 2 000, Christl. Sozial. 1 400.

Auch in dem Kreise Hamm - Soest gewannen wir fast 5000 Stimmen, auch das ist gegen das Resultat von 1898 eine Steigerung von 250 Proz. Selbst der unerklärliche, bombensichere Centrumswahlkreis Arnberg-Olpe hat schon einen starken roten Schein bekommen, von 72 Stimmen im Jahre 1898 schnellten unsere Stimmen entpor bis auf gegen 1000.

Die erste katholische Stadt!

Ueber die Wahl in Köln wird uns geschrieben: Dem Centrum ist auch diesmal die „Blamage der Stichwahl in der ersten katholischen Stadt Deutschlands“ — so haben die Centrumsführer selbst vor der Wahl es genannt — nicht erspart geblieben, trotz des heißesten Ringens, trotz des strapellosten Verleumdungskampfes, trotz seiner gewaltigen kirchlichen und sonstigen Machtmittel und trotz einer beispiellosen Schleppearbeit.

*) Für Schröder abgegebene und ungültig erklärte Stimmen.

wohl die Organisation der Kölner Centrumpartei schon ohnedies die beste im Reich war. Der Windthorst-Bund, der Volksverein für das katholische Deutschland und die einzelnen Pfarrorganisationen haben nahezu bis zur Erschöpfung gearbeitet. Und so glaubte in der letzten Versammlung vor der Wahl einer der Hauptredner, der Reichsanwalt Dr. Witz, sagen zu können, daß man am 18. Juni im ersten Wahlgange mit 25 000 Stimmen siegen werde. Statt dessen erhielt das Centrum die Kleinigkeit von annähernd 10 000 Stimmen weniger. Trotz der gegen 1898 um 10 Proz. höheren Wahlbeteiligung und trotz der höheren Zahl der Wahlberechtigten nahm das Centrum in Köln nur um 2800 Stimmen zu. Es erhielt 15 622 gegen 12 821 im Jahre 1898. Die socialdemokratischen Stimmen stiegen dagegen von 9008 auf 13 284. Und auch die Nationalliberalen, die doch in Köln nur ein kümmerliches Dasein fristen, stiegen von 4890 auf 6290 Stimmen. Erbärmlich sind die Antisemiten hineingefallen; trotz großer Plakatreklame brachte es ihr Kandidat Raab auf ganze 123 Stimmen. Die socialdemokratische Stimmengahl stieg in Köln um 47,5 Proz., die nationalliberale um 28 Proz., die ultramontane aber nur um 22 Proz., und das in der „ersten katholischen Stadt Deutschlands“, auf die nach einem Wort eines andern Redners in jener Versammlung, des Pfarrers Dr. Pauscher, bei jeder Gelegenheit die Augen des gesamten katholischen Deutschlands gerichtet sind. Der Erfolg der socialdemokratischen Partei in Köln muß, zumal in Anbetracht der Ungunst der Verhältnisse, als glänzend bezeichnet werden, umso mehr, als die Zahl der Arbeiter in Köln-Stadt relativ abnimmt. Die socialdemokratischen Stimmen sind von 7366 in 1895 und 9008 in 1898 auf 13 284 gestiegen. Koch ein solcher Koch, dann weicht auch über der „katholischsten Stadt Deutschlands“ die Fahne des Socialismus.

Im Wahlkreise Köln-Land hat sich die socialdemokratische Stimmengahl fast verdoppelt. Von 6080 im Jahre 1898 stieg sie auf etwa 13 500. Die Centrums-Stimmen stiegen von 14 510 auf etwa 19 800. Infolge seines großen bäuerlichen Anhangs gelang es dem Centrum diesmal noch, den bisherigen Vertreter, Gutsbesitzer Pingen, ohne Stichwahl durchzubringen. In vielen ländlichen Orten verdoppelte, verdrei- oder vervierfachte sich die socialdemokratischen Stimmen.

In Mülheim-Wipperfürth-Gummersbach, das an die Kölner Wahlkreise angrenzt, war bisher der Centrums-kandidat stets im ersten Wahlgange gewählt worden. Diesmal kommt unsere Partei mit dem Centrumsmann de Witt in die Stichwahl. Die socialdemokratischen Stimmen stiegen von 4341 auf 7840.

Polizei-Aufsicht und Stimmenlauf in München!

In der Haupt- und Residenzstadt München ist, so teilt die „Münchener Post“ mit, die Reichstagswahl unter — Polizei-Aufsicht vor sich gegangen.

Das Direktorium des Magistrats hat nämlich an sämtliche Wahlvorsteher ein holographiertes „vertrauliches“ Circular erlassen, worin die Wahlvorsteher darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Polizeidirektion auf Ersuchen (wohl des Bürgermeisters v. Vorst), der jüngst in Rußland war) in unmittelbarer Nähe der Wahllokale Schupsteine patrouillieren läßt, die bei eventuellen Unbotmäßigkeiten und Exzessen den Wahlvorstehern zur Verfügung stehen.

Selbstverständlich vollzog sich der Wahlakt trotz stellenweiser enormer Beteiligung in musterhafter Ordnung. München hat eine „Unbotmäßigkeit“ — der Ausdruck ist durch die Alexandrinerrede Wilhelms II. populär geworden — durch Mittel dokumentiert, gegen die keine Polizei-Aufsicht nötig.

Mit welcher „lauteren“ Mittelchen die Nationalliberalen selbst in dem für sie doch absolut aussichtslosen Wahlkreise München II „gearbeitet“ haben, beweist die Thatsache, daß man selbst zu straflichem Stimmenlauf gegriffen hat.

Am 31. Bezirk (Laim) des Wahlkreises München II wurde vom Centrum Protest gegen die Wahl eingelegt. Der Protest, der mit ca. 100 Unterschriften versehen, ist damit begründet, daß die gesetzliche Wahlzeit nahezu um eine Stunde verkürzt wurde. Der Beginn der Wahlhandlung wurde nämlich dadurch verzögert, daß der magistratische Beauftragte die Wahlurne und amtlichen Couverts irtümlicherweise nach Fürstenried, anstatt nach dem Wahllokal an der Fürstenriederstraße transportierte.

Ein Volksurteil über die Scharfmacherei

Ist der Wahlausfall im 20. sächsischen Wahlkreise Zschopau-Marienberg-Sahda. Dort hatte das Kartell gegenüber unsrem Genossen Emil Rosenow den früheren Generaldirektor der Centralverband deutscher Industrieller, den Geheimrat Zende aufgestellt. Es ist dies derselbe Zende, der seit Jahren neben den Bueß und Weumer der Mittelpunkt der scharfmacherischen Bestrebungen ist, der die „Wohlfahrtsvereinigungen“ der Firma Krupp systematisch ausbaute. Weiteren Schichten wurde er bekannt, als er in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Scharfmacher-Verbandes, der für die Zuchthausvorlage eine 12 000 M. - Spende der Regierung zur Verfügung stellte, aus Mitteln der Firma Krupp allein 5000 M. für die Zuchthausgefängnisse zwecks gab. Da dieser Scharfmacher jetzt in Dresden einen Palast stehen hat und die reaktionäre Regierung Sachsens ihn gern im Reichstag gesehen hätte, so wurde die ergebnislose Bevöllerung, die zu der ärmsten und ausgebeuteten Deutschlands gehört, mit der Zuzunutzung beleibigt, diesen scharfmacherischen Großmillionär zu ihrem Reichstagsvertreter zu machen.

Herr Zende stieg zum Volke herab. Er sprach in über fünfzig Versammlungen und belagerte alle Ortschaften. Herablassend nicht er den Arbeitern zu, schüttelte den Kleinbauern die Hände und rettete den Mittelstand. Die Blätter des Centralverbandes verkündeten bereits den sicheren Sieg ihres Oberhauptes, das Geld des Centralverbandes, die Bürger-Versammlungen, wirkten im Kreise. Die Dresdener Regierung legte sich ins Zeug, der ganze Beamtenapparat, vom Amtshauptmann bis zum Nachtwächter, ging für den Scharfmacher los. Unserm Genossen Rosenow wurden alle Säle abgetrieben, nur auf freiem Felde, einer Bergwiese usw. konnte er noch die Wähler um sich sammeln und in den letzten zwölf Tagen wurden auch diese Versammlungen im Freien von den Behörden fast sämtlich wie auf Kommando verboten. Die Luft des Zuchthausgesetzes durchwehte die Wahltagitation des Scharfmachers Zende.

Unsre Parteigenossen im 20. sächsischen Wahlkreise vertheilten demgegenüber nicht, die Zuchthaus-Vorlage und Zende's 5000 M. - Spende in den Mittelpunkt des Wahlkampfes zu rücken. Und die Folge? 1898 war Rosenow erst in der Stichwahl mit nur 100 Stimmen Majorität (10 262 : 10 162) gewählt worden. Gegenüber dem 5000 Mark-Zende wurde er sofort mit 15 609 gegen 10 602 Stimmen gewählt — also mit 5000 Stimmen Majorität!

Jede Marx, die der Scharfmacher Zende für die Zuchthaus-Vorlage hergab, hat der Socialdemokratie eine Wählerstimme mehr gebracht.

Das Volk hat die Scharfmacherei so gründlich satt wie die Brotwucherei.

Au das Komitee der Centrumpartei in Würzburg.

Zu Händen

des Herrn Justizrat Dr. Johannes Thal.

Dasselbst.

In Ihrem an die Reichstagswähler des Wahlkreises Würzburg gerichteten und in der Frankfurter Gesellschaftsdruckerei Würzburg gedruckten Flugblatt schließen Sie eine lange Reihe von Verdrehungen, Unwahrheiten und Entstellungen über die socialdemokratischen Ziele mit folgenden Worten:

Wähler! Man wird euch sagen, was hier geschrieben steht, sei nicht wahr.

Das Komitee der Centrumpartei zahlt demjenigen eine Prämie, welcher nachweist, daß auch nur eine der angeführten Thatsachen nicht wahr ist!

Man behaupten Sie in diesem Flugblatt u. a., daß die Socialdemokraten im Jahre 1893 gegen das Wucherergesetz gestimmt hätten. Das Umgekehrte aber ist wahr. In dem Fraktionsbericht unserer Partei vom Jahre 1893 ist in Bezug auf das Wucherergesetz wörtlich zu lesen:

Wir haben dem Gesetze zugestimmt, obgleich wir die Hoffnung auf eine Gesundung der einschlägigen Verhältnisse innerhalb der heutigen Gesellschaft nicht teilen. Die vorgenommene Ergänzung bedeutet jedoch unstrittig eine Verbesserung des bestehenden Rechtszustandes und aus diesem Grunde konnten wir dem Gesetze unsere Zustimmung nicht verweigern.

Ihre öffentliche Belanntmachung ist eine Auslobung im Sinne des § 657 B. G. B. Wir ersuchen um sofortige Zusendung Ihrer Prämie.

Die Redaktion des „Vorwärts“.
Leid.

Aus Serbien.

Die Wahrheit über die Schreckensnacht.

Unter diesem Titel veröffentlicht die „Voss. Ztg.“ einen langen telegraphischen Bericht ihres nach Belgrad entsandten Berichterstatters über die Vorgänge im Belgrader Königsschloß in der Nacht vom 10. zum 11. Juni. Die Darstellung, die sich auf Aussagen Belgrader Offiziere stützt, trägt im wesentlichen den Stempel der Wahrheit und ist geeignet, verschiedene Punkte aufzuklären, die in den bisher eingelaufenen Meldungen dunkel blieben. Wir bringen deshalb den Bericht mit einigen Kürzungen zum Abdruck:

Die heute endlich gestattete Besichtigung des alten Konaks sowie die Aussagen der Offiziere, die hierbei als Führer dienten, ermöglichen nach vielfachen unvermeidlichen Irrthümern eine historisch getreue Schilderung der Vorgänge der Schreckensnacht.

Etwas nach 11 Uhr rückten die verschworenen Offiziere an der Spitze des sechsten und siebenten Regiments, der ganzen Belgrader Kavallerie, sowie einer Batterie vor den Konak; insgesamt war diese Waffenmacht etwa 1000 Mann. Die Mannschaft war ahnungslos. Einer der Offiziere erzählte mir lächelnd, er habe den Soldaten gesagt, der König wolle das Ministerium entlassen und habe Militär gerufen, um ihm dabei zu helfen, weil die Minister nicht gehen wollen und ihn bedrohen. Ein anderer Offizier erklärte seinen Leuten, der König wünsche sich der Königin zu entledigen und könne nur gewaltsam von ihr befreit werden.

Man rückte durch das vom Gardelkommandanten Kostitsch geöffnete eiserne Gitterthor von der Hauptstraße Belgrads, der Fürst Michael-Strasse, in den Garten und den Hof des Konaks ein. Dieses Thor ist immer geschlossen gewesen, da der Haupteingang in das Konakgebäude nicht in der Straßenfront, sondern auf der Hofseite sich befindet. Gegenüber diesem Haupteingang, den Hofraum hinten anschließend, liegt die hülsenförmige, ebenerdig Gardelkaserne, neben ihr das kleine Gebäude der Generaladjutantur.

Der Konak wurde nun innerhalb des Hofes und Gartens sowie draußen auf der Straße mit zwei Militärordons umgeben. Unmittelbar darauf begann der Sturm der Offiziere auf das Haus. Von den gemeinen Soldaten wurde zur Ausführung des Verbrechens niemand mitgenommen. Man wußte jedoch nicht, in welchem der beiden Stadwerke und in welcher Richtung das Schlafzimmer des Königspaares lag. Der auf der Liste der Verschwörer zum Tode verurteilte Generaladjutant Lazar Petrovitsch wurde ausfindig, ihnen den Weg zu weisen. Petrovitsch befand sich bereits im Weite. Um zu ihm zu gelangen, mußte die Thür des Generaladjutanten gesprengt, das kleine Vorzimmer, das als Schreibstube diente, passiert und dann die Schlafzimmertür eingeschlagen werden. Die Verschworenen führten eine stattliche Anzahl Dynamitpatronen mit sich. Die erste wurde gegen die Thür der Generaladjutantur geschleudert. Ein Gendarm, der davor Wache hielt, vertheidigte den Eingang und wurde niedergeschossen, er fiel als erstes Opfer.

Die Zerstörungen, die das Dynamit in der Adjutantur anrichtete, sind noch heute zu sehen. Aus den Steinriesen der Schwelle ist ein großes Stück herausgesprengt, die Thürfüllungen sind gänzlich zertrümmert, das Mauerwerk geborsten. Nachdem man endlich in das Schlafzimmer von Petrovitsch eingedrungen war, zwang man die Thüre, sich nach dem Konak zu begeben und die Führung zu übernehmen.

Inzwischen hatte ein anderer Trupp Offiziere im Konak selbst das Zerstörungswerk begonnen. Durch einen kleinen Vorraum, der nach dem Hofe bloß mit einer Glasschür abgeschloffen ist, gelangt man in eine geräumige Vorhalle. Davor befindet sich das Zimmer des dienstthuenden Adjutanten und Ordmanzoffiziers. Hier wollte in der Schreckensnacht der mitverschwozene Adjutant Raunowitsch und der Ordmanzoffizier Millowitsch feuern mit dem Revolver auf die Schar der Eingedrungenen, ohne jedoch jemand zu treffen. Man warf eine Dynamitpatrone gegen ihn, er sank tot nieder. Dem neben ihm stehenden Raunowitsch riß das Dynamit die linke Schulter mit dem Arm und einem Stück der Brust fort. Er starb bald darauf. In der Vorhalle stürzte von den Erschütterungen des Dynamits das in das Mittelstück der Decke eingebaute Glasfenster mitant dem Kronleuchter ein. Während sich dies abspielte, bearbeiteten andre, den Generaladjutanten als Gefangenen mit sich schleppten, mit Art und Dynamit die nach den inneren Gemächern, zunächst nach dem sogenannten türkischen Salon führende Mittelthür der Vorhalle. Die Art steht noch neben der Thür, die auch heute noch gänzlich zertrümmert ist, während im türkischen Salon die abgebrannten Portieren, Gardinen, Stofftapeten und Möbelstücke bereits durch neue ersetzt sind. Lazar Petrovitsch schlug mit den Offizieren vom türkischen Salon aus die Richtung absichtlich nach der linken Zimmerflucht ein, während sich das Schlafzimmer des Königspaares am Ende der rechten Zimmerflucht befand. Es herrschte gänzliche Finsternis, da Raunowitsch die elektrischen Leitungen zerstört hatte. Die Offiziere erkannten bald, daß Petrovitsch sie irrführte, sie schlepten ihn daher nach der Vorhalle zurück und streckten ihn da durch einen Schuß in die Stirn nieder. Ein großer Fleck von Blut und Hirnmasse auf dem Parkettboden konnte noch nicht entfernt werden. In nächster Nähe davon befindet sich ein kleinerer Blutfleck. Hier starb der den Generaladjutanten begleitende Gendarm. Als dieser sah, daß es seinem Herrn ans Leben gehe, hatte er Mut und Pflichtgefühl genug, um seinen Revolver gegen die Verschwörer abzulassen, er verwundete einige von ihnen. Diese Schüsse des Gendarmen verursachten unter den Offizieren große Verwirrung; es schien ihnen, als ob sie aus dem Innern des Konaks kämen, und sie glaubten, es sei ein Gegenangriff vorbereitet worden. Sie stürzten aus der Vorhalle zurück in den Hof, erst nach einer Weile und nachdem der mutige Gendarm erschossen war, drangen sie von neuem ein.

Erst nachdem alles andre durchsucht war, wandten sich die Verschworenen vom türkischen Salon aus nach rechts. Man postierte, sämtliche Thüren mit Dynamit sprengend, das Alabazierzimmer, dann ein kleines Sitzzimmer und gelangte endlich vor die Thür des Schlafzimmers.

Seit dem ersten Augenblick, bis zu dem, da die Verschwörer vor dem Schlafzimmer standen, waren nahezu anderthalb Stunden verfloßen. Keine Phantastie kann sich ausmalen, welche furchtbare Qualen der Todesangst das Königspaar erlitten haben muß. Anderthalb Stunden widerhallte das Haus von Dynamitexplosionen, Revolvergeschüssen, Säbelgellir, Ägthieben und Geschrei. Eine Dynamitbombe legte endlich auch in die Schlafzimmertür Freie. Mit vorgestreckten Revolvern und gezogenen Säbeln stürmten die Offiziere hinein. Das Königspaar hatte im gemeinsamen Ehebett gelegen. Das goldfarbene Metallbett steht noch so da, wie sie es verlassen haben. Seidenkissen und Seidenpolster sind von Kugeln durchlöchert, unter dem Kopfkissen der Königin liegt ein Muttergottesbild. Auf dem kleinen Schreibtisch im Schlafzimmer liegen Bücher, Aufzeichnungen und Papiere. Zwei der Bücher tragen Titel, die an dieser Stelle ganz merkwürdig berühren. Sie lauten: „Lo mariage de Gertrude“, Roman von Mario Ughard, und „Uno trahison“ von Percy Oreville.

Dieses Zimmer war es jedoch nicht, in welchem das Königspaar ermordet wurde. Als die Offiziere eindringen, waren sie auf höchste verblüfft. Das Königspaar war nicht da. Das Zimmer ist von der Straßenfront gesehen ein Schlafzimmer im ersten Stock. Zwei Fenster gehen auf die Schmalstraße hinaus. Die Offiziere sahen, als sie dann das Ende der Zimmerflucht erreicht hatten, daß das dritte Fenster durch schwere Portieren verdeckt war. Raslos und schäumend vor Wut sahen sich die Offiziere schon um die Früchte ihrer Anstrengungen gebracht. Da hörte in dem ungeheuren Lärm ein Artillerie-Hauptmann plötzlich eine weibliche Stimme. Es war die Stimme der Königin, die das draußen stehende Militär anrief, ihr und dem König um Gotteswillen Hilfe zu bringen. Die Stimme kam von den Portieren her. Alles stürzte dorthin. Da zeigte es sich, daß man eine Glasschür für ein Fenster gehalten hatte. Diese Glasschür, die sich hinter der Portiere befand, schied das Schlafzimmer von einem engen eisernen Korridor, in welchem drei große Spinden stehen. Eins davon, dessen braune Lackfarbe von Dynamitexplosionen gänzlich verbrannt ist, soll die Handlaffe der Königin enthalten. Zwei eiserne Ständer stehen in der Ecke; an ihnen hängt noch jetzt die Kleidung und die gesamte seidene Unterbekleidung der Königin, die sie vor dem Schlafengehen dort hingehängt hat. In der andern Ecke gewahrt man auf dem Fußboden ein eisernes Kreissegment mit dem Zugang zu einer ins Souterrain führenden Wendeltreppe. Der König vermochte diese Klappe nicht zu öffnen, und wenn er es auch vermocht hätte, er hätte sich nicht retten können.

Nun endlich sahen die Verschworenen das Königspaar vor sich. Die Königin war verstimmt, sie sah ein, daß ihre Hilferufe zum Fenster hinaus vergeblich waren. Das Königspaar stand am Fenster und hielt sich fest umschlungen. Der König bedachte mit seinem Körper die Gattin. Die einzigen Worte, die er sprechen konnte, waren: „Verzeihet mir alles, was ich gethan.“ Unmittelbar darauf sank er und die Königin, von Augen durchbohrt, zu Boden. Die Diele vor dem Fenster zeigt weit ausgebreitete Flecken von Blutlachen.

Der Offizier, der uns führt, beantwortet die Frage nach der Zahl der Wunden, die das Königspaar erhalten hat, lächelnd: „Na zwölf bis fünfzehn mögen es wohl gewesen sein.“ Er und seine Kameraden, die mit anwesend sind, benehmen sich durchaus höflich und liebenswürdig. Die Ereignisse der Blutnacht werden als Selbstverständlichkeit, ganz wie Kleinigkeiten behandelt.

Wir fragen weiter, ob man die Leichen mit Säbelhieben verunstaltet habe. Neues Lächeln: „Es mag schon sein, aber viel ist nicht geschehen. Einige Stiche in Leib und Brust wird die Königin wohl erhalten haben. Uebrigens sind dem König und der Königin einige Finger abgeschlagen worden und was sonst noch geschehen, ist nicht der Rede wert.“ Daß die Leichen aus dem Fenster geschleudert wurden, wird rundweg als Märchen erklärt. Man habe sie ins Souterrain getragen und dort liegen lassen.

Die Truppen warteten inzwischen geduldig auf den Ausgang der Ereignisse. Nach vollbrachter That erschienen die Offiziere vor ihnen und riefen: „Hoch Peter Karageorgewitsch!“ „Was bedeutet dem das? Wie kommt der Name Karageorgewitsch hierher?“ fragte ein Unteroffizier den Offizier, der mir heute so liebenswürdig Auskunft erteilte. „Schweig!“ antwortete ihm dieser, dann behältst Du Deinen Posten.“ Und er schwieg und sie schwiegen alle und fünf Minuten darauf, nachdem sie sich von der Verblüffung erholt hatten, stimmten alle mit den Offizieren in den Ruf ein: „Hoch Peter Karageorgewitsch!“ Am demselben Vormittag ging die Kunde in die Welt, die Armee habe Karageorgewitsch zum König Serbiens ausgerufen.

Die erste Verlustliste, die ich gemeldet, bestätigt sich. Die spätere Meldung, daß gegen 30 Soldaten und Gendarmen gefallen seien, war irrig. Im Konak selbst waren acht Tote und drei Verwundete, außerhalb des Konaks vier Tote und sechs Verwundete. Von Verwundeten starben nachträglich zwei, so daß die Zahl der Toten insgesamt vierzig beträgt.

Wie die provisorische Regierung zu stande gekommen ist.

Auch über die Vorgänge bei der Bildung des Kabinetts Abakumowitsch werden von der Wiener Internationalen Korrespondenz weitere Einzelheiten berichtet. Danach begab sich nach der Ermordung des Königs ein Offizier mit vier Soldaten zu Jjubomir Jibkowitzsch. Als der Offizier an die versperrte Thür des Jibkowitzsch anklopfte und diesem mitteilte, was geschehen ist, antwortete Jibkowitzsch, daß er zu klug sei, um solche Fabeln zu glauben. Man wolle ihn verhaften. Umsonst waren die Beteuerungen des Offiziers, daß man im Ministerium auf ihn warte. Erst als einer seiner Freunde ihm von der Straße aus zurief, daß der Offizier die Wahrheit spreche, öffnete er und fuhr, von dem Offizier begleitet, ins Ministerium. Mit Stojan Protitsch ging es in ähnlicher Weise her. Nur hat er den sich meldenden Offizier gleich empfangen. Er beschwor diesen, ihn in Ruhe zu lassen, denn er habe lange genug seine Füße in Eisen getragen. Zuletzt hat er sogar um Gnade, daß man ihn zu Hause lasse und andre Minister suche. Was Abakumowitsch betrifft, so war er bereits und mit dem aus Kisch um 4 1/2 Uhr morgens in Belgrad eintreffenden Zuge zurückgekehrt. Am Bahnhof hatten ihn zwei Offiziere mit einem Hofwagen erwartet und direkt ins Ministerium geführt. Als alle neuen Minister beisammen waren, befaßen ihnen die versammelten Offiziere, mit den Revolvern in den Händen, einen Akt zu unterschreiben, durch welchen sie sich selbst zu Ministern ernennen.

Die Mitteilung bestätigt, daß das gegenwärtige Ministerium vom Offiziercorps eingesetzt ist und dessen Diktatur untersteht.

Rußlands Haltung gegenüber Serbien.

Die russische Regierung scheint, den Auslassungen der offiziellen und offiziellen russischen Presse nach zu urteilen, noch nicht recht zu wissen, ob sie eine streng ablehnende Haltung zu dem Umschwung in Serbien einnehmen oder versuchen soll, durch ein gewisses Entgegenkommen Einfluß auf den neuen König von Gottes Gnaden zu gewinnen. Der „Regierungsboten“ veröffentlicht, wie aus Petersburg telegraphiert wird, folgendes Communiqué:

„Das vom „Regierungsboten“ veröffentlichte Communiqué hat nachstehenden Wortlaut: Eine Woche ist seit dem Tage der blutigen Umwälzung in Belgrad vergangen, über welche die kaiserliche Regierung, weil Serbien ohne gesetzliche Gewalt war, in offizieller, allgemein üblicher Form nicht in Kenntnis gesetzt werden konnte. Indem Rußland streng den Standpunkt der Nichttheilnahme in die inneren Angelegenheiten der Balkanstaaten einhält und es auch nicht für möglich hält, mit den Leibern, welche eigenmächtig die Gewalt an sich genommen haben, in irgend welchen Verkehr zu treten, hat es die Verantwortung der Wirren abgeworfen, um sein Verhalten zu den Ereignissen in Königreiche klar festzustellen. In der außerordentlichen Sitzung am 2. Juni der Staatsduma und des Senats wurde die gesetzliche Ordnung im Lande wiederhergestellt und Fürst Peter Karageorgewitsch einstimmig zum König gewählt, welcher das an ihn gerichtete Ansuchen der Volksvertreter annahm und den serbischen Thron unter dem Namen Peter I. zu besteigen einwilligte. Sofort nach seiner Wahl wandte sich der Fürst telegraphisch an den Kaiser mit dem Gesuch um die Anerkennung als König, worauf eine allerhöchste telegraphische Antwort in bestätigendem Sinne erfolgte. Indem die kaiserliche Regierung die Wahl des neuen Monarchen, des Nachkommen einer ruhmvollen Dynastie, begrüßt und dem Oberhaupt des Rußland glaubensverwandten serbischen Volkes vollen Erfolg in seinem guten Beginnen wünscht, kann sie doch nicht umhin, die Zurechtweisung auszusprechen, daß König Peter es vermögen werde, Gerechtigkeit und festen Willen an den Tag zu legen, indem er allem voran Maßnahmen zur Unterdrückung der verabscheuungswürdigen Uebelthat ergreift und die treubruchigen Verbrecher, welche sich mit der Schmach des Königsmordes bedeckt haben, strenger Strafe unterwirft. Natürlich kann nicht die ganze serbische Armee für das das öffentliche Gewissen empörende Verbrechen verantwortlich gemacht werden. Doch wäre es für die innere Ruhe Serbiens selbst gefährlich, die von Militärs gewaltsam bewerkstelligte Staatsumwälzung

ohne die erforderliche Sühne zu lassen. Eine solche Unterlassung würde unvermeidlich in ungünstigstem Sinne auf die Beziehungen aller Staaten zu Serbien einwirken und damit für Serbien der in Morgenröte beginnenden Regierung Peters I. ernstliche Schwierigkeiten schaffen. Das glaubensverwandte Russland sendet zu Gott Gebete um Ruhe für die Seele des vorzeitig umgelommenen Königs Alexander und seiner Gemahlin, indem es den Segen des Allerhöchsten auf die Regierungsmühen König Peters zum Wohle und Gedeihen des serbischen Volkes herabruft."

Witterungsübersicht vom 18. Juni 1903, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C p. g. - p. n.	Stationen	Barometer hohes mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C p. g. - p. n.
Stettin	755	SW	3	bedeckt	14	Haparanda	752	ND	2	bedeckt	13
Danzig	753	SW	3	bedeckt	11	Petersburg	—	—	—	—	—
Berlin	756	SW	3	bedeckt	14	Cott	754	D	4	bedeckt	12
Frankf. a. M.	756	SW	3	bedeckt	13	Berdeen	—	—	—	—	—
München	756	SW	3	bedeckt	15	Paris	756	SW	1	bedeckt	13
Wien	759	SW	3	bedeckt	17						

Wetter-Prognose für Freitag, den 19. Juni 1903.
Etwas wärmer, vielfach heiter bei ziemlich lebhaften südlichen Winden mit etwas Neigung zu Gewittern.
Berliner Wetterbureau.

Briefkasten der Redaktion.
Juristischer Teil.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr abends statt. Geöffnet: 7 Uhr.
N. B. 18. 1. Reim. 2. Sie können dann Ihre Forderung aufklagen und den Gegenstand verfestigern lassen. — C. Sp., Pantow. Es ist in der Zeitung, in Flugblättern und in Plakaten zur Einsicht der Wählerliste aufgeführt. Da der Betreffende diese Aufforderung unbeachtet gelassen hat, so hat er sich selbst zugesprochen, daß er nicht wählen können. —

Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Größere Inserate bitten wir vorher anzumelden und bis 4 Uhr nachmittags einzusenden. Die Expedition.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, den 19. Juni.
Anfang 7^{1/2} Uhr:

Oberhaus, Geflossen.
Schauspielhaus, Geflossen.
Neues Operntheater, Der St. Gemeinbaron.
Deutsches, Komma Rama.
Weiten, 100 000 Thaler.
Central, Pic und Pöckel.
Reifens, Lustige Ehemänner.
Vorher: Nach dem Balle.
Anfang 8 Uhr:

Schiller O. (Wallner-Theater.)
Im weißen Rössl.

Schiller N. (Friedrich-Wilhelmstädt. Theater.) Don Gil.

Berliner, Der Haideschatz.

Neues, Arche Noah.

Thalia, Geflossen.

Kleines, Nachspiel.

Belle-Alliance, Artemis Colonna.
Lanzidyllen.

Carl Weiss, Das Geheimnis des roten Hauses.

Metropol, Neues! Neues! Neues!

Apollon, Die Liebesinsel. Specialitäten.

Passage-Theater, Specialitäten.

Reichshallen, Stettiner Sänger.

Urania, Taubenstraße 48/49.
Von der Zugspitze zum Watzmann.

Invalidenstraße 57/62, Sternwarte. Täglich geöffnet von 7 bis 11 Uhr.

Central-Theater
Heute und folgende Tage, Anf. 8 Uhr:

Pick und Pöckel.
Schwank mit Gesang und Tanz in 3 Aufzügen. Emil Sondernemann.
Weg Sommer, Wigi Richter, Marie Forester.

Residenz-Theater
Direktion: Sigmund Lautenburg.
Anfang 7^{1/2} Uhr.

Lustige Ehemänner.
Schwank in 3 Akten von H. Mars und Albert Barré. Deutsch v. Schönau.
Vorher: Nach dem Balle.

Nach dem Balle.
Schwank in 1 Akt nach d. Spanischen von R. Loebel.
Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Anfang 7^{1/2} Uhr.
Sonnabend, den 20. Juni:

Erstes
Gastspiel d. Sächsischen Volks-Theaters.
Zum erstenmal:

Karl Fiedler.
Volks-Schauspiel in ergebigerlicher
Punbart in 5 Aufz. v. Rich. Demmler.

Metropol-Theater.
Der größte Erfolg dieser Saison!
Zum 159. Male:
Neuestes!
Allerneuestes!
Dramatische Revue in 5 Bildern.
Glänzendes Ballett. 300 Mitwirkende.
Anfang 8 Uhr.
— Rauchen überall gestattet. —

Kleines Theater.
Unter den Linden 44.
Anfang 8 Uhr.

Nachtasyl.
Neues Theater
Schiffbauerdamm 4a-5.
Anfang 8 Uhr:

Ensemble-Gastspiel des Wiener
Theaters in der Josefstadt.
Die Geliebte.
Hierauf: **Daisy.**
Morgen: **Arche Noah.**

Carl Weiss-Theater.
Große Frankfurter, Straße 132.
Das Geheimnis des roten Hauses.
Anfang 8 Uhr.

Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonnabend: 3 Uhr. Vorher: 7 Uhr.
Die Waise aus Lowood.
Im Garten: Konzert, Theater und
Specialitäten-Vorstellung. Anfang
6^{1/2} Uhr.
Sonnabend: Gr. Sommerfest.

Urania.

Taubenstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:

Von der Zugspitze zum Watzmann.

Sternwarte
Invalidenstraße 57/62.

Passage-Theater.
Anf. Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5 Uhr. Ende 11 Uhr.

Carla Lingen
in ihrem Repertoire.
Oskar Saldow, Humorist.
Erna Koschel.
Josefine Delciseur.
Ganz Berlin zerbricht sich
schon den fünften Monat
den Kopf über **AGA!**
die schwabende Jungfrau!
14 orakl. Nummern.

Castans Panoptikum
Friedrichstr. 165.
Neu!! Aktuell!! Neu!!
Zum Drama
im serbischen Königspalast:
König Alexander ✂
Königin Draga ✂
portraitgetreu, lebensgroß.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich nachmittags 5 Uhr:
Militär-Doppel-Konzert.
Entree 1 M., ab 6 Uhr 50 Pf.
Kinder unter 10 Jahr. d. Hälfte.
In der Arena: **Elefanten-**
mutter mit saugendem
Baby, Shetland-Pony mit
Zwergföhlen.

Belle-Alliance-Theater.
Gastspiel
Artemis Colonna.
Lanzidyllen.
Am herrlichen Sommergarten:
Specialitäten-Vorstellung, Konzert
und das neue Juni-Programm.

Apollon-Theater
Täglich: Mit kolossalem Beifall:
Die Liebes-Insel.
Im 3. Akt: Die lebenden Briefmarken.
• Grosses Post-Ballett. •
Vorher: Neue glänzend. Specialitäten.

W. Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Brunnenstraße 16.
Täglich:
Gr. Theater-Vorstellung.
Anfang 8 Uhr.
9^{1/2} Uhr:
Das Gänsegrethel.
Sonnabend: Extra-Vorstellung:
Was Gott zusammenfügt, soll der
Mensch nicht scheiden.

Prater-Theater
Kastanien-Allee 7-9.
Direktion: M. Kalbo.

Täglich: **Das Bild der Mutter.**
Volksstück mit Gesang und Tanz in
3 Akten von A. Seelen u. D. Richter.
Konzert und Ball. Ausstretten erst-
klassiger Attraktionen. U. a.: Ada
Marcell, Schröder u. Dentar, Reim-
pagos Troupe; Overgard.
• Ein Adelles Gefängnis •
Große Pantomime, Mokaschy Troupe.
Anf. 4 Uhr. Entr. 30 Pf., num. Bl. 50 Pf.

Sanssouci.
Täglich im Garten:
Hoffmanns
Norddeutsche Sänger.
Anfang: Sonntags
Konz. 5 Uhr, Vorher. 7 Uhr.
Wochentags:
Konz. 6 Uhr, Vorher. 8 Uhr.
Sonn. u. Mont. u. Donnerst.
nach der Solice: **Tanz.**

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater.)
Freitagabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Lustspiel in 3 Akten von D. Blumenthal
und G. Kadelburg.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Probekandidat.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Im weissen Rössl.

Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.)
Freitagabend 8 Uhr:
Don Gil.
Komödie in 4 Akten v. Fiedler. Adler.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Die guten Freunde.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Sonnabendabend 8 Uhr:
Nach Jahr und Tag. Abschied vom
Regiment. Der grüne Kakadu.

Neue Freie Volksbühne.
Sonntag, den 21. Juni, abends 7^{1/2} Uhr,
im Schiller-Theater N. (Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater):
Einakter-Abend.
Nach Jahr und Tag. Abschied vom Regiment. Der grüne Kakadu.
Karten für Mitglieder a 75 Pf., für Gäste a 90 Pf. sind in den Zahl-
stellen von H. Döblich, Kommandantenstr. 62; S. Beder, Gohlstr. 9;
S. Kaufhold, Wangelstr. 52; S. Girsch, Matternstr. 3; S. Bock, Möd-
enstr. 120; H. Knapp, Grünhaldenstr. 5; S. Grubert, Fruchstr. 55, sowie
beim Kassierer zu haben. 150/11
Der Vorstand. J. M.: Heine, Hoff, Kaffner, Veteranenstr. 6.

Bernhard Rose-Theater
Gefundbrücken. Badstr. 58.
Neues Programm.
U. a.: Fred Dewey, Komiker, Gehr.
Vero, Akrobaten. Lucie Claire, Ser-
pentin- und Akrobatenmännchen sowie
in ihrem Lustballett „Die Silbermünze“.
!!! Berlin auf Stelzen!!!
mit Willy Agoston und
Klara Antonis.
Anfang 4 Uhr.

Fröhels Allerlei-Theater
früher Puhlmann.
Schönhauser Allee 148.
Inhaber: **Wilhelm Fröbel.**
Heute, sowie täglich:
Der erfolgreichste,
brillante Riesen-Juni-Spielplan.
Konzert, Theater u. Specialitäten.
8 Uhr: Das große Volksstück:
Zur rechten Stunde.
10 Uhr: Die verkehrte Welt.
10^{1/2} Uhr: **Molly Verch.**
10^{1/2} Uhr: Die Katakomben v. Paris.
Am Riesenball: **Gr. Ball.**
Anfang 4 Uhr. Entrée 30 Pf.
Sperre 50 Pf.

Etablissement Buggenhagen am Moritzplatz.
Jeden Tag:
Konzert
des berühmten Orchesters des
Signor Vincenzo Ferrara.
Donnerstag, Sonnabend, Sonntag
im Kaiser-Zaal: **Tanz.**

Hasenheide Neue Welt. Arnold Scholz
108/114
Freitag, den 19. Juni 1903:
Grosses Sommer-fest
der
Internationalen Artisten-Loge.
Riesen-Specialitäten-Programm
unter Mitwirkung allererster Kunstkräfte.
Elite-Militär-Konzert. * Monstre-Feuerwerk.
Am großen Saal: **Tanz-Reunion.**
Prämierung d. schönst. Tänzerpaars
Anfang 4 Uhr.
Bei ungünstiger Witterung findet das Fest in den ca. 10 000 Personen
fassenden Brachhallen statt. 18432

Am Königsthor, Schweizer-Garten. Friedrichshain.
Täglich Theater-Vorstellung.
14 Lustspiel- und Possen-Novitäten.
Neues Artisten-Programm.
Jeden Abend 10^{1/2} Uhr: **Das Allerweltsgenie.**
Große Posse mit Gesang und Tanz in 2 Bildern.
Täglich: **Ball, Volksbelustigungen.** Anfang 8 Uhr. Entrée 30 Pf.

Max Kliem's Sommer-Theater
Hasenheide 13-15. — Artistische Leitung: **Paul Milbitz.**
Täglich:
Grosses Konzert, Theater- und Specialitäten-Vorstellung.
Jeden Montag: **Sommerfest.** — Jeden Mittwoch: **Die beliebtesten**
Kinderstücke. — Jeden Donnerstag: **Elite-Tag.**
Die Saletische ist täglich von 2 Uhr ab geöffnet.
2 hochselegante Regeldampfen, Würfelbuden, Konditorei, Blumenstand etc.
In den Sälen: **Familien-Kränzchen.**

Westend-Charlottenburg.
„Zur Hoftrappe“, Spandauer Berg.
Zweites Restaurant von der Kastanien-Allee.
Haltestelle der Straßenbahn. 15002*
Angenehme Familien-Unterhaltung und Tanz.
Saffetische ist von 2 Uhr ab geöffnet.
Es ladet ergebenst ein **Karl Klabunde.**

Diaz' Specialitäten-Theater
Landsberger Allee 76-77
(Ringbahn-Station).
Ob schön! Ob Regen!
Täglich das unerreichte
Riesen-Juni-Programm!
Robert u. Vertram. Rich Brand.
Cafe-Wall, Voccaccio-Trio, The
Kartons, The Atlantes, Bellini-
Duo etc.
Sonnabend, Sonntag u. Montag:
Tanz.

Ostbahn-Park.
Am Köstrinplatz, Rüdorsdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater
und Specialitäten-
Vorstellung.

Reichshallen.
Stettiner Sänger.
In der Klemme,
Humoreske von Meyfel.
Anfang: 8 Uhr.
Wochentags 7 Uhr.

Kopfläuse nobel Brut ver-
schwinden sofort d
Unschädlich. Erfolg
übertrachend.
In Drogerien 30 Pfg
„Puffi“

Sonntag, den 21. Juni:
Dampfer-Extra-Fahrt mit Musik nach
Hessenwinkel.
Abfahrt 9 Uhr morgens. Fahrpreis: Hin und zurück 1,00 Mark.
Zweite Abfahrt 3 Uhr nachmittags. Fahrpreis: Hin und zurück 0,75 Mark.
Einsache Fahrt 0,50 Mark. 18682*
Abfahrt: An der Stralauer Brücke, Station Rahmt u. Bergher.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Verein der Zimmerer
Berlins und Umgegend.
Todes-Anzeige.
Am 12. Juni verstarb plötzlich
am Herzschlag unser langjähriges,
treues Mitglied
August Dunst.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 21. d. M., nachm. 4 Uhr,
von der Leichenhalle des Marius-
Kirchhofes in Wilhelmshagen-Göhen-
Schönhausen aus statt.
257/11 Der Vorstand.

Socialdemokrat. Wahlverein
Rixdorf.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß unser langjähriges Mitglied
Wilhelm Held
am 17. Juni verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonn-
tag, den 21. Juni, nachmittags
6 Uhr, von der Halle des Rix-
dorfer Kirchhofes am Marien-
dorfer Weg aus statt.
232/15 Der Vorstand.

Königstadt-Kasino.
Holzmarktstr. 72, Ecke Alexanderstr.
Im prächtigen Garten:
Neues grossartiges Programm.
Léon Dieré, Gschw. Kallier,
Elio Marion, Salvador u. Selma,
Elio Dieré, Gschw. Kallier,
Rud. Schanz, Vero und Barry.
Tanz.
Sonnabend, Sonntag:
Sonnabend Anfang 8 Uhr,
Bohnenstr. 8 Uhr.

Roh-Tabak
Größte Auswahl. Billigste Preise.
S. Hammerstein Filiale
183. Brunnenstraße 183.

Sonntag, den 21. Juni:
Dampfer-Extra-Fahrt mit Musik nach
Hessenwinkel.
Abfahrt 9 Uhr morgens. Fahrpreis: Hin und zurück 1,00 Mark.
Zweite Abfahrt 3 Uhr nachmittags. Fahrpreis: Hin und zurück 0,75 Mark.
Einsache Fahrt 0,50 Mark. 18682*
Abfahrt: An der Stralauer Brücke, Station Rahmt u. Bergher.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gestattet.
Bei größeren Raten
Kassapreise.
Liefer. des Post-Spar-
u. Vorzugs-Vereins.

Schlafmöbel-Bazar „Baby“
Centrale Invalidenstr. 160. Filialen:
Potsdamerstraße 35, Tauentzienstr. 7a
a. d. Bismarckstr. Beusselstr. 18
Belle-Alliancestr. 107 Oranienstr. 31
Reimendorferstr. 20 Brunnenstr. 92
Frankfurterstr. 115
8, 12, 15-90 M.
10, 15, 21-75 M.
Fertige
Betten und
Metall-
Bettstellen
für Kinder und
Erwachsene.
von 22,50 M. an.
Teilhaltung
gest

Kommunales.

Stadtvorordneten-Versammlung.

19. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Juni, nachmittags 5 Uhr.

Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Verhandlungen um 1/2 Uhr. Auf der Tagesordnung stehen nicht weniger als 48 Gegenstände; davon sind indessen 14 Rechnungsgegenstände, und auch das übrige Material bietet nur wenig von allgemeinerem Interesse.

Ein am 26. Mai er. eingereicherter Antrag des Stadtv. Wallach an die Versammlung geht dahin, dem Magistrat zu ersuchen, die Gründe mitzuteilen, weshalb er dem Beschlusse der Versammlung vom 24. Januar 1901, auch die Entschädigungspflicht für sämtliche Explosionschäden in das Feuerocietäts-Reglement von 1794 aufzunehmen, nicht beigetreten ist. Inzwischen hat am 8. Juni der Magistrat eine längere Begründung für seine ablehnende Stellungnahme der Versammlung zugehen lassen. Danach ist der Magistrat der Auffassung, daß das betr. Reglement Gesetzescharakter hat, also auch nur durch Gesetz abgeändert werden kann, und daß bei seiner Auslegung daran festzuhalten ist, daß nur Feuerchäden vergütet werden sollen und Mobilien und nicht fest mit den Gebäuden verbundene Stücke nicht in die Versicherung aufgenommen werden können. Hiernach habe dem Antrage, alle Explosionschäden zu entschädigen, nur in dem Umfange entsprochen werden können, daß sich die Entschädigung auf die durch Feuer entstandenen Schäden beschränkt. Die mit den Gebäuden dauernd verbundenen Betriebsmaschinen und Kessel sollen hinfür ebenfalls versichert werden.

Den Hausagariern genügt anscheinend dieser Grad von Entgegenkommen nicht.

Stadtv. Wallach (W. L.): Die langjährigen Bemühungen der Grundeigentümer in dieser Richtung haben beim Magistrat leider nur eine recht laue Aufnahme gefunden; selbst eine Antwort auf unsere Anfragen ist 2 1/2 Jahr lang ausgeblieben, bis jetzt mein Antrag die Auskunft veranlaßt hat. Eine solche Ignorierung unserer Beschlüsse muß scharf gemißbilligt werden. Die Anfrage ist nun erledigt. Man kann annehmen, daß wenigstens einiges zugestanden wird; aber die Beschränkung der Entschädigung auf die durch Feuer entstandenen Explosionschäden ist durchaus zu eng und die Feststellung, ob Feuer tatsächlich die Ursache des Schadens ist, doch auch nicht leicht. Der gemachte Vorbehalt ist um so weniger berechtigt, als ja nicht die Stadt, sondern die Versicherten selbst für die Entschädigung aufzukommen haben, und diese haben sich durchaus mit der erweiterten Fassung unserer früheren Beschlüsse einverstanden erklärt.

Stadtv. Rechtsanwält Gelland (W. L.) äußert sich in gleichem Sinne; auch ihn befriedigt die Stellungnahme des Magistrats nicht. Damit wird der Gegenstand verlassen.

Bei der durch den Magistrat veranlaßten Umarbeitung mehrerer spezieller Entwürfe für Bauten beim Rudolph Virchow-Krankenhaus sind die ursprünglichen Kostenschätze erheblich überschritten worden. Der Gesamtkostenbetrag für die Anstalt stellt sich statt auf 13 000 000 jetzt auf 17 1/2 Millionen Mark, wobei allerdings eine Vermehrung der Bettenzahl von 1650 auf rund 2000 erfolgt ist. Der Durchschnittspreis des Bettes ist 8750 M. Die Versammlung hatte eine besonders strenge Prüfung der neuen Entwürfe in einem Ausschuss für nötig erklärt; dieser Ausschuss hat sich aber von der Unmöglichkeit der Mehrforderungen überzeugen müssen und die Genehmigung der umgearbeiteten Entwürfe einstimmig empfohlen.

Die Versammlung beschließt demgemäß ohne jede Debatte.

Dem Anschlag der auf dem Exercierplatz vor dem Schleißischen Thore belegenen Kaserne für das Telegraphen-Bataillon Nr. 1 an die Berliner Kanalisation hat der niedergesetzte Ausschuss nur unter der Bedingung zuzustimmen beantragt, daß der Reichs-Militäriskus das zur Verlängerung der Eisenbahnstraße (Zugang zur Spreedecke) erforderliche Straßengrund zu einem bestimmten Termin und zu einem vorher festzusetzenden Preise der Stadtgemeinde übereignet.

Referent Stadtv. Haberland (W. L.) weist darauf hin, daß es nur billig sei, wenn gegenüber dem großen Entgegenkommen, welches der Magistrat hier den Militärbehörden erweise, auch diese sich zu einer etwas coulanteren Behandlung der Stadt Berlin in der schon lange schwebenden Brückenfrage herbeilassen würden.

Die Versammlung erhebt ohne weitere Diskussion den Ausschussantrag zum Beschluß.

Die Vorlage betreffend bauliche Veränderungen und Rekonstruktion des Rathsfellers wird auf Antrag des Ausschusses der Richter Stasch, Gsmann (Fr. Fr.) nach den letzten Vorschlägen des Magistrats angenommen und der Betrag von 72 000 M. bewilligt. In der vorangehenden kurzen Diskussion wird vom Stadtv. Ladewig (W. L.) die Vertagung der Beratung befristet, weil der Ausschuss die Vorlage zu sehr durchgepeitscht habe.

Stadtv. Stapp (W. L.) tritt diesem Antrage entgegen und widerlegt gleichzeitig die Auffassung, als ob der Berliner Rathsfeller überhaupt nicht nötig und nicht zu halten sei; auch werde die Anlage neuer Eingänge von der Königstraße aus die Front des Rathsausbaugebäudes nicht benachteiligen.

Der Stadtv. Jylitz (W. L.) ist bezüglich des letzteren Punktes gegenteiliger Meinung, er hält dafür, daß durch solche nicht überdachten Eingänge die Rathsausbaufront verschmälert werden muß. Der Antrag auf Ablehnung der geplanten Zugänge wird abgelehnt.

Es folgt eine Reihe von Vorlagen aus dem Ressort der städtischen Bauverwaltung.

Der spezielle Entwurf zum Neubau der Gemeindeschule in der Straße 4 Abt. XIII¹ des Bebauungsplanes, nahe der Greifswalderstraße, wird genehmigt.

Die Abänderung des Bebauungsplans Abt. XIII¹ zwischen Ringbahn, Thorerstraße und Landsberger Allee ist durch die beschlossene Markthallen-Anlage notwendig geworden. Die bezügliche Vorlage geht an einen Ausschuss.

Drei Vorlagen betreffen den Bau des Virchow-Krankenhauses. Es handelt sich um den Ausbau der Paraden, um das Badehaus nebst medico-mechanischem Institut, um die Vorentwürfe zu den vier Pavillons für Infektionskrankheiten, um den Diphtherie-pavillon sowie dem Quarantänepavillon und um den Vorentwurf für zwei Operationshäuser.

Stadtv. Stapp beantragt, sämtliche Vorlagen einem Ausschuss zur Prüfung der Frage zu überweisen, ob hier nicht irgendwelche Ersparnisse möglich seien.

Der Antrag Stapp wird angenommen.

Der spezielle Entwurf zum Neubau des Andreas-Realgymnasiums wird genehmigt, der spezielle Entwurf zum Bau der Centrale für das Armenhaus in Buch (Kostenschätzung 2 985 000 M.) einem Ausschuss überwiesen, der sofort vom Vorstande ernannt werden soll.

Den Vorentwurf zum Neubau des Friedrichs-Realgymnasiums in der Wittenwalderstr. 34-37 genehmigt die Versammlung ohne Debatte.

Von dem Nachtragsentwurf für den Neubau der Heimstätte in Buch werden auf Antrag des Stadtv. Cremer (W. L.) die Kosten für die zwei Liegehallen mit 43 000 M. vorläufig abgesetzt, da die Frage der Anordnung der Hallen noch nicht entschieden ist, die Vorlage im übrigen angenommen.

Für den Empfang und die Bewirtung des Internationalen Statistischen Instituts durch die Gemeindebehörden im September d. J. werden 4000 M. bewilligt. Mit der Annahme der von der Freifrau Julie von Cohn-Oppenheim der Stadtgemeinde vermachten 150 000 M. erklärt sich die Versammlung mit Dank einverstanden.

Der Vertragsentwurf mit der Gemeinde Strauß wegen Ausnahme der Abwässer aus dem westlich der Ringbahn belegenen Gebietsteil der Gemeinde wird vom Stadtv. Jylitz deswegen beanstandet, weil die Straußener Grundeigentümer nach seiner Meinung 100 Prozent weniger an Kanalisationsgebühr zu entrichten hätten als die Berliner. Seinem Vorschlage auf Ausschussberatung treten die Stadtv. Wallach und Dr. Paul (W. L.) sowie Stadtbaurat Krause entgegen. Die Vorlage wird unverändert angenommen.

Der Vorentwurf zur Erweiterung der Pumpstation des Radialsystems V, Holzmarktstr. 31/32 wird genehmigt und dem Antrage des Magistrats, das Wasser zum Betrieb der beiden vor dem Brandenburger Thore zu errichtenden Springbrunnen unentgeltlich zu liefern, die Zustimmung erteilt. Schluß 7 1/2 Uhr.

Prozeß gegen die Pommerbank.

Die am Mittwoch wieder aufgenommenen Verhandlungen in diesem anscheinend endlosen Prozeß drehten sich zunächst um das Anklageskapitel „Strelchaltien“. Der Wächterrevor Vergmann hat sein Gutachten dahin abgegeben, daß hier kein fingiertes, sondern ein ernstes Geschäft vorgelegen und die Durchführung eine richtige gewesen sei. Heute tritt Wächterrevor Reuter auf, um auszuwärtigen, daß Herr Vergmann die wirtlichen Tatsachen nach seiner Meinung nicht richtig gewürdigt habe. Der Vorsitzende schneidet aber jede weitere Erörterung hierüber als überflüssig ab.

Zu dem Anklageschema giebt Angeklagter Schulz eine längere Sachdarstellung, um die Behauptungen der Anklagebehörde und ihre Schlussfolgerungen zu widerlegen. — Sachverständiger Direktor Gerschel wird zu diesem Thema ausführlich vernommen. Er führt aus, daß in dieser ganzen Transaktion eine Benachteiligung der Pommerbank zu finden sei. Durch die Gründung der Strelchaltien seien der Pommerbank sechs Millionen gegen zweifelhafte Hypotheken entzogen und die Bank dadurch geschädigt worden. Ferner sei der Direktor einer Bank nicht berechtigt, Geschäfte mit sich selbst zu machen, bei denen er Vorteile hat. Wenn solche Geschäfte in Frage kommen, müsse er den Aufsichtsrat zuziehen. Kein Mensch wisse, wer der Führer des viel beregten „Konfortums“ gewesen, eslinge auch ganz unglücklich, daß die Angeklagten die Personen, aus denen das Konfortum bestand, nicht mehr bezeichnen können. Alles deute darauf hin, daß es dabei nicht ordnungsmäßig zugegangen sei, und die Vermutung habe ihre Berechtigung, daß das Konto fingiert und die Pommerbank selbst die Eigentümerin und Erwerblerin der Aktien gewesen sei. Der Kurs von 140 Proz. sei entstehen ein viel zu hoher gewesen. Durch die schon erwähnte unrichtige Bilanzierung sei eine zu hohe Berechnung der Dividende erfolgt worden und sie sei ihrerseits für den Kurs der Aktien mitbestimmend gewesen.

Der Staatsanwalt ist der Ansicht, daß der Verkauf der Aktien zu 140 Proz. lediglich auf eigensichtige Absichten der Angeklagten zurückzuführen sei und vertritt die Ansicht, daß das Geld zur Gründung der Strelchaltien aus der Pommerbank gekommen, aber gleich wieder zurückgezahlt worden sei. — Angeklagter Romeid bestreitet dies.

Heute, am Donnerstag, wurde der Abschnitt der Anklage verhandelt, in welchem den Angeklagten Schulz und Romeid Untreue gegen die Pommerbank durch Anlage der Gelder derselben in Terrainpekulationen in idealer Konkurrenz mit Betrug und Bilanzverschleierung zum Vorwurf gemacht wird. Die Angeklagten sollen sich dadurch der Untreue schuldig gemacht haben, daß sie über 28 000 000 M. der Pommerbank mit Hilfe der Nebengesellschaften, insbesondere der Immobilien-Verkehrsbank, in Terrainpekulationen angelegt haben. Staatsanwalt Weed verteidigt darauf, daß der Pommerbank durch allerhöchste Kabinettsorder das sehr kostbare Privileg, Pfandbriefe auszugeben, unter ganz bestimmten Bedingungen belassen wurde. Entsprechend der ungeheuren Bedeutung dieses Privilegs sei die Regierung stets darauf bedacht gewesen, für die Sicherheit der Banken und ihrer Pfandbrief-Gläubiger dadurch Vorkehrungen zu treffen, daß sie ihren Betrieb auf möglichst gefahrlöse Geschäfte beschränkte und daneben eine besondere Sicherheit für die Pfandbriefe schuf. Diese Garantien hätten die Angeklagten dadurch vernichtet, daß sie sich an die Statuten nicht hielten und mit Hilfe der Immobilien-Verkehrsbank ungemessene Summen in Terrainpekulationen hineinsteckten. Nach § 25 des Statuts von 1895 solle die Sicherheit der Hypotheken-Pfandbriefe und Zinsen a) durch von der Bank erteilte Hypotheken und Grundschuldbestimmungen von mindestens gleichem Betrage; b) durch das Grundkapital der Bank und c) durch das gesamte Vermögen der Bank gewährleistet werden. Diese Vorschriften seien in den Jahren 1896-1899 dadurch verletzt worden, daß als Unterlag-Hypotheken auch solche aufgenommen sind, welche entweder ganz oder doch zu einem gewissen Betrage dazu nicht geeignet waren.

Angekl. Schulz widerspricht dem. Das Grundkapital und das sonstige Vermögen der Bank habe auf alle Fälle zur Befriedigung der Pfandbriefgläubiger ausgereicht. Der Vorwurf, daß über 28 000 000 M. in Terrainpekulationen angelegt seien, treffe nicht zu; es handle sich lediglich um die Erwerbung statutenmäßig zulässiger Hypotheken. Jedenfalls seien in den Jahren 1896-1899 die noch aus den Guthaben der Hypothekensdauher zu zahlenden Beträge in den Mitteln der Bank, u. a. in Bar, Wechseln, Guthaben bei Bankhäusern und Effekten mehr wie ausreichend vorhanden gewesen.

Dieses ganze Kapitel der Anklage zeitigt eine Reihe von lebhaften Erörterungen, an welchen sich außer dem Angeklagten Schulz und dem Staatsanwalt Weed auch die Rechtsanwält Justizrat Bronker und Dr. Verthauer, Prokurist Horwege und Geh. Rat Dr. Hecht beteiligen. Letzterer bestätigt die Ansicht des Staatsanwalts, daß unter allen Umständen vollwertige Hypotheken im vollen Betrage der Pfandbrief-Emission hätten vorhanden sein müssen.

Hierauf stellt Justizrat Bronker den Antrag, den Wächterrevoren Huske und Krause Gelegenheit zu geben, die in den neuen Beweisunterlagen der Verteidigung aufgestellten Behauptungen an der Hand der Bücher der Bank ziffermäßig zu prüfen. Dies sei aber eine so tiefe Aufgabe, daß die Wächterrevoren, die nun schon fast tagtäglich nach den Sitzungen noch bis zum Abend hinein mit den Angeklagten arbeiten, um die Dinge aufzuklären, dazu unbedingt außer dem Sonnabend auch den Freitag frei haben müßten.

Der Vorsitzende erklärte demgegenüber, daß es nach seiner Meinung besser sein würde, die Anklage ohne Unterbrechung weiter durchzunehmen, um einen Ueberblick zu gewinnen, welche Beweisstücke überhaupt notwendig seien. — Staatsanwalt Weed: Er habe bis jetzt die Hoffnung gehabt, daß man mit der ganzen Weiserhebung am Freitag nächster Woche fertig sein könnte, müsse aber annehmen, dem Antrage der Verteidigung zu willfahren. — Der Gerichtshof beschließt demgemäß. Gleichzeitig werden die Wächterrevoren Bachmann und Dhome beauftragt, die in der Anklage bezüg. von Herrn Horwege gegebenen Zahlen betreffend die Unterbedingen nachzuprüfen.

Nächste Sitzung: Montag 9 Uhr.

Berliner Partei-Angelegenheiten.

Am Sonntag, den 21. Juni, früh 8 Uhr, findet im ersten Wahlkreis von folgenden Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt: Kohn, Straußenerstr. 48. Weichardt, Grünstr. 21. Glaue, Krausenstr. 18. Wenzel, Dorotheenstr. 60. Feant, Charlottenstraße 60. Wolf, Plauerstr. 60. Radtke, Flensburgerstr. 24.

Den Genossen, die sich zur Hauptwahl an den Flugblatt-Verbreitungen beteiligt haben, bestens dankend, bitten wir, auch jetzt uns ihre Mitarbeit angebotigen lassen zu wollen!

Achtung, 6. Wahlkreis. Ein außerordentlicher Zahlabend des Wahlvereins wird heute, Freitag, in den bekannten Bezirkslokale abgehalten. Die Mitglieder werden um zahlreichen Besuch gebeten. Es handelt sich vorzugsweise um die Organisation der Wahlhilfe in den Stichwahl-Bezirken.

Achtung! Bauhandwerker des Kreises Ruppiner-Tempel! Achtung! Freitag, den 19. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Diele, Aderstr. 129: Besprechung über die Arbeiten am Stichwahltag. Das Erscheinen aller ist dringend notwendig. J. A.: Ludwig Krausemann. M. Kiesel.

Friedrichshagen. Die nächste Mitglieder-Versammlung des Socialdemokratischen Arbeiter-Wildungsvereins findet am Sonnabend, den 20. Juni, abends 9 Uhr, im Lokale des Herrn Rajuble, Friedrichstr. 69, statt. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Vortrag des Genossen Dr. Alfred Bernstein über: „Kommunale Reformen“. Zu dieser Versammlung, zu der auch Frauen und Gäste Zutritt haben, erwartet zahlreichen Besuch. Der Vorstand.

Lokales.

Das „Geheimnis“ dieser Wahl.

„Wie war das möglich?“ Das ist die Frage, die jetzt nach der Wahl den so elend zusammengebrochenen Berliner Freisinn beschäftigt. Im zweiten und dritten Kreis nicht einmal bis zu dem Achtungserfolg einer Stichwahl gelangt, den fünften Kreis ohne Stichwahl gleich im ersten Wahlgange glatt verloren, im ersten Kreis für die Stichwahl in die zweite Stelle gedrängt — wie war das nur möglich?!

Das „Geheimnis“ dieser Wahl, die „Unbegreiflichkeit“ ihres Ergebnisses ist dem freisinnigen Bürgertum Berlins ein Rätsel, dessen Lösung ihm trotz aller mit Steuerkraft gepaarten „Intelligenz“ nicht gleich gelingen will. Hatten nicht die Führer des Freisinn, oben voran Herr Eugen Richter, in ihren Wählerversammlungen immer und immer wieder von dem „frischen Zug“ gesprochen, der diesmal durch die freisinnige Wählerschaft gehe? Und nun doch dieser klägliche Mißerfolg, diese schimpfliche Niederlage!

Die freisinnige „Berliner Zeitung“ suchte am Morgen nach der Wahl ihre Leser damit zu trösten, daß wenigstens „Berlin I der Socialdemokratie auch diesmal nicht zu gefallen“ sei, aber gerade in diesem Kreise ist der Ausfall der Wahl charakteristisch für die Verschlebung der Parteien in Berlin. Berlin I ist der einzige Berliner Wahlkreis, in dem auch im letzten Jahr fünf in Folge der fortschreitenden Entvölkerung der Innenstadt die Zahl der Wahlberechtigten wieder zurückgegangen ist. Trotzdem hat die Stimmzahl der Socialdemokratie um rund 1700 (d. h. 46 Proz. unfer Stimmzahl von 1898) zugenommen, dagegen die des Freisinn um etwa 1400 (d. h. 25 Proz. seiner Stimmzahl von 1898) abgenommen. Also im 1. Kreis dasselbe Bild wie in den anderen Berliner Kreisen, und im Verhältnis sogar noch deutlicher als in den anderen: unaufhaltsame Zurückdrängung des Freisinn, unaufhaltsames Vordringen der Socialdemokratie! „Der 1. Kreis“, so rief Herr Richter zuversichtlich aus, als er in der Tonhalle für den Freisinnskandidaten Kämpf sprach, „ist der Sitz des Handels; hier steht die Börse, hier befinden sich die großen Banken!“ Herr Kämpf selber erklärte noch in seiner letzten Versammlung im „Festsaal“ selbstbewußt und hochmütig, der Freisinn werde in diesem Kreise über Socialdemokraten und Konservative siegreich triumphieren. Selbst hier ist es anders gekommen — selbst hier, wo die Arbeiterklasse in der Bevölkerung längst nicht mehr zunehmen kann, sondern immer mehr abnimmt, ist die Socialdemokratie diesmal an die erste Stelle gerückt und darf hoffnungsvoll an die Stichwahl gehen.

Im Verein „Walder“, der am Abend des Wahltages eine Trauerversammlung des Freisinn abhielt, dümmerte nach Besamtworden der Berliner Niederlage wenigstens einigen die Erkenntnis aus, daß das „Geheimnis“ dieser Wahl zu einem großen Teile in dem — Wahlgeheimnis zu suchen ist. Man sprach die Vermutung aus, daß die Sicherung des Wahlgeheimnisses, die jetzt zum erstenmale durchgeführt worden ist, doch wohl am meisten der Socialdemokratie zu gute gekommen sei. Dieser Vermutung werden zahlreiche Wähler aus ihrer eignen Erfahrung heraus im stillen zustimmen. Der bedeutende Zuwachs, den wir in Berlin wie in ganz Deutschland gehabt haben, erklärt sich aus der einen Seite aus der Verbekraft des sozialistischen Gedankens, die fort und fort ihre Wirkung thut, auf der andern Seite daraus, daß viele Wähler, die längst zur Socialdemokratie hinneigten, aber wegen mangelhafter Sicherung des Wahlgeheimnisses immer noch für die bürgerlichen Parteien stimmten, jetzt zum erstenmal gewagt haben, ihrer Ueberzeugung zu folgen und socialdemokratisch zu stimmen.

Der Freisinn hatte sich allerdings von der Sicherung des Wahlgeheimnisses etwas ganz anders versprochen. Wahlzelle und Wahlcouvert, so hatte er gemeint, würden nicht nur den Regierungsparteien Abbruch thun, sondern wahrscheinlich auch der Socialdemokratie manche Wähler entziehen. Besonders hier in Berlin würde dem Druck, den die socialdemokratische Arbeiterschaft auf die Wähler ausübe, ein Ende gemacht werden. Man wies speziell auf den „Mittelstand“ hin, der diesmal vom Freisinn ganz außerordentlich umschmeichelt wurde, auf die kleinen Handel- und Gewerbetreibenden, die sich vor ihrer socialdemokratischen Rumbuckschaft fürchten mußten und es daher vorzögen, gegen ihre Ueberzeugung einen socialdemokratischen Stimmzettel abzugeben.

Die Verlogenheit dieser freisinnigen Behauptung lag auf der Hand. Wer sind denn die würdigen Pfleger, aus denen die Wahlvorstände gebildet zu werden pflegen? Arbeiter vielleicht — socialdemokratische Agitatoren? Ach nein! Vertreter der Socialdemokratie werden in Berlin nicht mit der amtlichen Zeitung und Besamtwichtigung der Wahl betraut. Freisinnige sind es, denen man dieses Amt überträgt. Nur sie werden dazu ausersehen, die Stimmzettel von den Wählern entgegenzunehmen — sie, die Träger der kleinen kommunalen Ehrenämter, die jeden Bewohner ihres Bezirks genau kennen, die namentlich jeden Geschäftsmann, jeden Gewerbetreibenden jahraus, jahrein in seinem Thun und Treiben beobachten und ihn daraufhin prüfen, ob sie ihn zu den Ihren zählen dürfen. Wenn die kleinen Handel- und Gewerbetreibenden bei dem bisherigen Wahlverfahren von irgend jemand befragt wurden, daß an Stimmzettel, an dessen Größe oder Färbung ihre politische Gesinnung erkannt würde, so war es der Freisinn, den sie zu fürchten hatten.

Die Socialdemokratie ist es, der die Berliner Wähler unter dem Schutze der Wahlzelle und des Wahlcouverts einen glänzenderen Sieg als je bereitet

haben. Wie das möglich war, staunt da die freisinnige „Intelligenz“, die das „Geheimnis“ nicht zu fassen vermag. Wer unter diesem Schutze mit auf unsrer Seite zu treten gewagt hat, um wie viel stärker diesmal die kleinen Handel- und Gewerbe-treibenden, die durch die Sicherung des Wahlgeheimnisses vor uns „geschützt“ werden sollten, an unsern Stimmen beteiligt sind, darauf kommt es schließlich weniger an als auf die Feststellung der That-sache, daß die erste Wahl, bei der die Wählerchaft furchtlos ihre Meinung zum Ausdruck bringen durfte, gerade in Berlin dem Freisinn eine noch schimpflichere Niederlage als je gebracht hat.

Merke! Wahlkuriosia

werden uns von Freunden unfers Blattes gemeldet. So schreibt man uns unter der Stichmarke: „Geistliches Wahlspech“: Durch eine Lücke in der amtlichen Wahlliste hat der offizielle Centrumskandidat in Berlin wohl ein Duzend Stimmen weniger bekommen, als er bestimmt zu erwarten hatte. Das Grundstück Waldenferstraße 37, auf dem sich neben der katholischen Kirche nämlich auch eine Ordensniederlassung befindet, ist nicht in die Wahlliste eingetragen worden, und so mußten dem die Herren Prätor und Kon-tratres, als sie an der Wahlurne erschienen, unverständlicher Dinge wieder absehen. Hoffentlich gerät unser Magistrat nun nicht etwa auch in den Verdacht, zu den „Feinden der Kirche“ zu gehören, die die Herren vom Centrum überall sehen, wo ihnen mal etwas politisch gegen den Strich geht.

Im übrigen aber dürfte der entstandene Stimmenausfall dem Centrum ja wohl nicht geschadet haben. Haben die Herren für den Sieg des Centrum nicht stimmen dürfen, so werden sie desto eifriger dafür gehetzt haben.

Kinder als Schleppe. Aus dem zweiten Wahlkreis wird uns geschrieben: Der Leutenangel oder wohl richtiger Geldmangel der städtischen Konservativen zeigte sich besonders im zweiten Berliner Wahlkreise. In einem Wahllokale in der Nähe des Tempelhofer Berges sah so ein sämähiges, der Ehre des Wahlleitens teilhaftig gewordenen Männchen ganz allein von morgens 10 bis abends 7 Uhr. Es kümmerte sich auch nicht einer der 73 Wähler des Herrn Professor v. Wendt um den armen Beauftragten. Ganz apatisch ver-richtete er in den letzten Stunden seine Arbeit; daß er sie tadellos ausführte, wird er wohl selber nicht behaupten. Wenn man bedenkt, daß der Mann verdammt war, 9 Stunden ohne Pause mit gespannter Aufmerksamkeit den Worten des Protokollführers resp. dem Aufrufen der Nummern der Wahlberechtigten zu folgen, so wird man ihm ein menschliches Mitgefühl gewiß nicht versagen. Dies äußerte sich denn auch bei unsern Genossen dadurch, daß man ihm etwas Mithrachte, wovon er mal zu seinem vielleicht mit-gebrachten Butterbrot abbeißen konnte. Wahrscheinlich, sie haben ihre Niederlage verdient, die — städtischen Konservativen. — Auch die Freisinnigen waren zum Teil schlägig daran. In demselben Lokal waren ja allerdings zum Wistenführen immer ein paar Mann thätig. Man konnte es aber nicht unterlassen, gleich in der ersten Nachmittags-stunde mit dem Schleppe zu beginnen. Und siehe da! Als Schleppe waren ein paar kleine Jungen von etwa 10—12 Jahren gekommen. Die Jogen nun jeder mit ein paar Couverts los; als sie von ihrer ersten Tour zurückkamen, stellten sie sich im Wahllokal auf und warteten auf weitere Aufträge, bis es dem Wahlvorsteher auffiel, der dann auch die Anwesenheit von Kindern im Wahllokal rügte. — Wie ganz anders bei uns: da waren Leute in Hülle und Fülle vorhanden. Sie konnten sich ab-wechseln, so daß die Arbeit, abgesehen von der Begeisterung, mit der man sie verrichtete, an und für sich schon ein Vergnügen war. Wie ruhig widelte sich alles ab; man merkte nichts vom Schleppe. Nur ab und zu ging einer unser Genossen zu dem nicht weit ab gelegenen Bezirkslokal, um dort die Zettel abzugeben, auf denen die Nummern derjenigen, die bereits gewählt hatten, verzeichnet waren. — Bei dem Ausgehen der Wahllokale scheint man sehr penibel gewesen zu sein. Um nicht solche Wirtshäuser nehmen zu müssen, in welchen unfre Genossen verkehren, ging man teilweise in Kellerlokale. Auch Konzertlokale sollten billig nicht genommen werden. Wenigstens sollte man bis zur vollständigen Feststellung des Wahlergebnisses das Gartenkonzert nicht beginnen. Bei Habel in der Bergmannstraße wurde das Auszählungsgeschäft durch das Kavallerie-Konzert im Garten sehr gestört, so daß der Wahlvorsteher ganz energisch darauf dringen mußte, daß die Musik während der Stimmzettel-Auszählung verstumme.

Der verkannte Wähler-Kellner. Ein Genosse erzählt: Hier ein Wahlkuriosum, das am Wahlabend bei Wälinger am Draniensburger Thor passierte und viel belacht wurde! Sah da der bekannte Kapell-meister L. mit mehreren Artisten und unterhielt sich über die Wahl. Er ließ sich vom Kellner die Speisekarte geben; — nach einigen Minuten kam der Kellner mit der Frage auf ihn zu: Herr Kapell-meister, haben Sie schon gewählt? — Natürlich habe ich heute schon gewählt, heute morgen schon! — Sie nicht? — war die Antwort des Kapellmeisters, der im eifrigen Gespräch vertieft war, und von den Wahlen sprach. — Der als Schleppe verkannte Kellner erwiderte: „Nein, ich meine, ob Sie schon was zum Essen gewählt haben! — Tableau!“

In Wilmersdorf mochte eine mächtige rote Fahne Polizei und Feuerweh viel zu schaffen. Ein Wilmersdorfer Genosse teilt darüber mit: Jemand ein „Glender“ war auf die originelle Idee verfallen, den Einwohnern den Wahlsitz in ganz demonstrativer Weise zu verfallen und dieselben an ihre Pflicht zu erinnern. Zu diesem Zwecke kamen ihm die Telephonleitungen, welche sich in schwindelnder Höhe über dem Wahllokale bruchlos über die Durlacherstraße dahingezogen, sehr gelegen, indem er an denselben unser Siegesbanner hißte, und zwar so, daß die gewaltige Fahne gerade über die Mitte der Straße zu hängen kam. In großen Lettern prangte die Devise: „Wähst du nicht?“ und „Hoch die Sozialdemokratie!“ Leider hatte die fürsorgliche Polizei das in luftiger Höhe schwebende Morgenrot allzu früh entdeckt und sorgte nun mit scharfster Eile für eine schleunige Beseitigung. Aber das Unternehmen wollte nicht so leicht gelingen. Um 3 Uhr wurden nun die Bewohner in den in Betracht kommenden Häusern aus Morpheus süßen Armen aufgeschreckt, denn die Polizei begehrte Einlass, um auf das Dach hinaufsteigen zu können. Die aufgeschreckten Mieter stürzten nun schlaftrunken an die Fenster, um zu schauen wer denn eigentlich in Gefahr schwebte. Ihre anfängliche Mißstimmung machte bald der Heiterkeit Platz als sie bemerkten, daß das große starke Vaterland durch eine rote Fahne dem Unter-gang geweiht sei. Mittlerweile war es schon ziemlich hell geworden und das hohle Banner nun in seiner ganzen Herrlichkeit zu schauen. Die Polizei zeigte sich ihrer Aufgabe nicht ge-wöhnt und so blieb denn nichts anderes übrig, als die Feuer-wehr zu rekrutieren, welche sich auch mit gewohnter Präzision einstellte, um mit dem ersten Hahnenschrei den Staat zu retten. Aber auch der Feuerweh erschien diese Aufgabe als unlösbar, denn die mechanische Leiter erwies sich als viel zu kurz. Nach langem Hin- und Herberaten wurde zu andern Hilfsmitteln gegriffen, und zwischen 5 und 6 Uhr fiel endlich das rote Flammenzeichen nach mehreren Ständen in die Hände der Sebeswächter. Mit einem Gefühl des Stolzes zogen die Retter mit der Siegestrophäe ihrem Reibter zu. Das drollige Ereignis bildet hier am Orte natürlich das Tagesgespräch und wurde viel belacht. Viele konnten das Wahl-lokal nicht verlassen, ohne einen vertumulterten Wid auf den ominösen Telephondraht zu werfen.

Umleitung von Straßenbahnlinien. Die Große Berliner Straßen-bahn ist wegen Gleisarbeiten genötigt, einige über den Dönhofs-platz führende Linien abzulernen. Die Arbeiten werden voraus-sichtlich drei Wochen in Anspruch nehmen. Ebenso lange dauert die Umleitung. Die an der Ecke der Kommandantenstraße am Dönhofs-platz befindlichen Verbindungsfurten über dem früheren Stromzuleitungs-kanal sind sehr ausgefahren, so daß die Auswechslung derselben dringend notwendig ist. Zur schnelleren Fertigstellung dieser Arbeiten wird deshalb beabsichtigt, die daselbst verkehrenden Wagen abzulernen und zwar wie folgt: Die Wagen der Linie 04 Nixdorf, Ansebed-

straße—Dönhofsplatz fahren nicht durch die Linden- und Kom-mandantenstraße, sondern über Linden- und Jerusalemstraße nach der in der Kreuzenstraße am Dönhofsplatz befindlichen Endhaltestelle. Die Wagen der Linie 45E Nixdorfer Ringbahn—Dönhofsplatz fahren nicht durch die Kommandantenstraße nach dem Dönhofsplatz, sondern durch die Kommandanten- und Beuthstraße bis zum Spittelmarkt. Die Wagen der Linie 13E Schleifische Brücke—Dönhofs-platz machen den gleichen Weg wie Linie 93.

Mit einem neuen Kniff „arbeitete“ ein Einbrecher Werner, der in Steglitz festgenommen wurde. Der schon mehrfach vorbestrafte Mensch hatte es auf Läden oder auf Zimmer abgesehen, die neben Läden an der Straße liegen. In der warmen Jahreszeit stehen Türen und Fenster gewöhnlich auf. Glaubt nun Werner eine gute Gelegenheit gefunden zu haben, so warf er seinen Hut durch die Thür oder das Fenster in den Laden oder das Zimmer hinein. War jemand da, so mußte drinnen der Hut sofort bemerkt werden und Werner konnte mit Sicherheit darauf rechnen, daß gleich jemand heraustrat oder wenigstens den Kopf zum Fenster heraustrucken werde, um nach-zusehen, woher der Hut gekommen sei. Dieß sah niemand, so war für ihn der Weg frei. Gandelte es sich um ein Zimmer, so bemuhte er in der Regel den hinteren Eingang. Begegnete ihm niemand, so nahm er sich die Zeit, das Beste auszusuchen, wurde er aber überfaßt, so sagte er, daß ihm ein übermühter Junge den dummen Streich gespielt habe, seinen Hut durch das Fenster zu werfen und hat mit dem unschuldvollsten Gesicht um die gütige Erlaubnis, sich die Kopfbedeckung wieder herauszuholen zu dürfen. Geschäftsleute haben selten viel Zeit und erlaubten in der Regel gern, daß der Mann sich den Hut selbst holte. In solchen Fällen hatte Werner nicht viel Zeit, nahm ohne Auswahl rasch nur das an sich, was ihm gerade zur Hand lag, und empfahl sich mit vielem Dank und einer artigen Verbeugung. Nachdem ihm der Kniff in Nixdorf und Steglitz schon oft gelungen war, wurde er schließlich doch ertappt und festgenommen. Bei ihm fand man noch einige Sachen, die ihren Eigentümer noch nicht wiedergefunden haben, u. a. eine goldene Herren-Memontoiruhr mit dem Monogramm E. W., eine silberne Schlüsselkette, aus deren Zifferblatt zwischen den Zahlen acht und neun ein Stilk ausgeprungen ist, und Wäsche mit dem Zeichen M. K. Der Verhaftete will diese Dinge vom „Unbekannten“ gekauft haben, er hat sie aber ohne Zweifel irgend wo gestohlen. Die Kriminalpolizei hat sie jetzt für die Eigentümer in Verwahrung.

Unfall. Im Betriebe der Allgemeinen Electricitäts-Gesellschaft, Brunnenstraße, ereignete sich heute, Donnerstagvormittag 10 Uhr, ein schwerer Unfall, indem einem seit kurzen eingestellten Schlosser beim Zusammenbau von Balkernen der Unterschenkel zerhackt wurde. Der Unfall ist auf die ungenügenden Vorsichtsmaßregeln zurückzuführen, die bei der Vornahme dieser schweren Arbeit beobachtet werden. Kamentlich ist die Platte, auf der die Arbeit verrichtet wird, zu klein. Nur bei der Kleinheit dieser auf alten Holz-blöcken ruhenden Platte konnte der Balkern, der 5—600 Pfund wiegt, auf den Schenkel des zu Boden gefürzten Arbeiters fallen. Hoffent-lich tritt jetzt endlich Remedur ein!

Eine große Schlägerei mit einem starken Anlauf gab es gestern nachmittag in der Draniensburgerstraße. Vier Männer waren in einem Lokal in Streit geraten und setzten die Thätlichkeiten auf der Straße fort. Dabei gerieten sie auch an den „Garten“ eines Wein-ausgangs, den sie mitan den Füßen und Stühlen umwarfen. Vergeblich bemühten sich Wirt und Oberkellner, die Kampfhähne aus-einander zu bringen. Je mehr man ihnen gut zusprach, desto heftiger gerieten sie aneinander. Als der Kampf auf dem Hausflur des Weinrestaurants auf und abwogte, kam der Oberkellner auf den Ge-danken, daß wie in vielen andern Fällen, auch hier Wasser das Beste sei, und goß von der fahlen Flüssigkeit einen ganzen Eimer voll über die Köpfe der Streitenden. Die beabsichtigte Wirkung trat sofort ein, aber auch eine sehr unerwünschte. Die Parteien ließen unverzüglich voneinander ab und wandten sich mit vereinten Kräften gegen den Oberkellner und den Wirt, der seinem Angestellten bei-sprang. Beide wurden mit Schlagringen und Messern so übel zu-gerichtet, daß sie heute in der Wohnung in ärztlicher Behandlung liegen. Die Revierpolizei nahm die Messerhelden fest und übergab sie der Kriminalpolizei, die sie heute dem Untersuchungsrichter vor-führte.

Ein Opfer der Wahl wäre fast der Arbeiter H. geworden, welcher in dem Amtsbureau Erker am vorgestrigen Abend einen Selbstmordversuch unternahm. H. war vor dem Wahllokal im Schützenhaus in Erker mit einem Gendarm in Streit geraten, ange-blich, weil er fortgesetzt laut schrie und lärmte. Da er auch der Aufforderung des Beamten, nach Hause zu gehen, nicht entspraach, so erfolgte die Sicherung des anscheinend Angetrunkenen nach dem Amtsbureau. Als H. hier kurze Zeit allein blieb, bemuhte er die Gelegenheit, um sein Jodett zu zerreißen und sich mittels der Zuch-freien aufzuhängen. Glücklicherweise wurde der Selbstmordversuch sofort entdeckt und H. aus seiner Lage befreit, bevor er noch Schaden genommen hatte.

Krankheit und Not haben den Arbeiter August Ritsch aus der Drangelsstr. 57 in den Tod getrieben. Der 29 Jahre alte Mann, der früher auf einer Gasanstalt arbeitete, war seit vier Monaten augenkrank. Vor acht Tagen versuchte er noch einmal mit einer leichten Beschäftigung auf einem Bau, aber schon am vergangenen Sonnabend zwang ihn sein Leiden, auch diese Arbeit wieder auf-zugeben. Im nächsten Monat sollte er in eine Lungenheilstätte vom Roten Kreuz gebracht werden, aus Verzweiflung aber machte er gestern seinem Leben ein Ende. Während seine Frau mit den beiden Kindern im Alter von 7 und 1 1/2 Jahren Mäherarbeit suchte, erhängte er sich in der Wohnung an der Thürklinke.

Die Leichen zweier Frauen, anscheinend Geschwister, wurden vorgestern in Treptow aus der Spree gelandet. Sie sind 25 bis 30 und 20 bis 25 Jahre alt und bisher noch unbekannt. Beide trugen ein schwarzes Jodett, die ältere außerdem eine blaue wollene Kalle mit weißem Einsatz und ein Hemd mit dem Zeichen M. J., die jüngere ein weißes Kleid mit roten Streifen, goldene Ohrringe und eine Granat-Halskette. Der Leiche der älteren Frau ist der Unter-kiefer zertrümmert. Der von der Kleidung entblößte Unterkörper weist mehrere etwa zehn Centimeter lange Verletzungen auf, die von Wundstahnen her zuvornen scheinen. Die Leiche der jüngeren Frau lag etwas unterhalb der älteren in der Nähe des Steinplatzes. Die Ertrunkenen wurden vorher zusammen auf der Treptower Brücke gesehen, wo sie unter heftigen Gestikulationen mit einander sprachen.

Die Internationale Artistenloge veranstaltet heute, Freitag, in der „Neuen Welt“ Halensheide, eine Fest-Vorstellung, in der zahl-reiche namhafte Artisten aufzutreten werden. Der Ueberstich der Veranstaltung ist zur Unterhaltung im Verus verunglückter Artisten bestimmt.

Aus den Nachbarorten.

Die Parteigenossen des Wahlkreises Teitzow-Beeskow-Storkow-Charlottenburg werden auf den von der Gewerkschaftskommission Steglitz und Umgebung am Sonnabend, den 20. Juni, in Lichter-felde, Chausseestr. 104 veranstalteten Recitations-Abend aufmerksam gemacht. Herr Emil Balkotte wird die Weber von Gerhard Hauptmann vorlesen. Eintrittspreis 30 Pf. Da der Gesamtertrag für den Wahlsond bestimmt ist, rechnen wir auf eine rege Beteiligung. Der Central-Vorstand.

Die Charlottenburger Stadtverordneten-Versammlung be-schäftigte sich am Mittwoch mit der Magistratsvorlage betr. die Er-höhung der Schulgelder an den höheren Lehranstalten. Zu Beginn des Jahres wurde, da sich Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung über diese Frage nicht einigen konnten, eine gemischte Deputation eingesetzt, deren Vorschläge dahin gehen, daß vom 1. Oktober ab das Schulgeld für Einheimische betragen soll an den höheren Lehranstalten und Hochschulen mit Ausnahme der Real-schule und der Klassen VI bis U II der Ober-Realschule 120 M.,

an der Realschule und den Klassen VI bis U II der Ober-Realschule 80 M., an den höheren Mädchenschulen in den Klassen IX bis VII 80 M., in den Klassen VI bis I einschließlich der Realgymnasial-Klassen 120 M.; an der Bürgermädchenschule in den Klassen, in welchen nach dem Lehrplan der Mädchen-Mittelschulen unterrichtet wird, 60 M., in den übrigen Klassen 36 M. Für Auswärtige wird überall ein Zuschlag von 40 M. zu den Sätzen für Einheimische, an den Realgymnasialklassen für Mädchen jedoch 80 M. erhoben. Bis zum 1. April 1910 soll mit Ausnahme der Realgymnasialklassen für Mädchen eine Aenderung unter allen Umständen unterbleiben. Nach kurzer Debatte trat die Stadtverordneten-Versammlung diesem Kompromiss bei. — Entsprechend dem Antrag des Ausschusses wurde Stadtrat Wolf, dessen Wahlperiode abgelaufen ist, fast einstimmig auf weitere 12 Jahre wiedergewählt. — Die Vorlage betreffend den Neubau der Charlottenburger Brücke wurde einem Ausschuss über-wiesen.

Charlottenburg. In der am 16. Juni im oberen Saale des „Volkshauses“ stattgefundenen Volksversammlung sind zwei kleine Sicherheitsklüffel an einem Ringe gefunden worden. Der Verlierer möge sich diese vom Genossen Otto Flemming, Schlüter-strasse 71, abends von 6—8 Uhr, abholen.

Lichtenberg. Die Gemeindevertretung bewilligte in ihrer Sitzung unter dem Widerspruch der Bürgerlichen mit den Stimmen des Gemeindevorstandes und den Stimmen der sieben Sozialdemokraten die Mittel zur Entsendung einer Delegation, der auch unser Genosse Zimmermann angehört, zur Städte-Ausstellung in Dresden. — Mit demselben Stimmenverhältnis und nachdem derselbe Vorsitzführer, Herr Glashke, gegen die „nutzlose Ausgabe“ polemisiert hatte, wurde auch beschlossen, im September den Ver-bandstag der deutschen Gewerbevereine durch einen Vorstandsmittglied, einen Arbeiterbeisitzer und einen Arbeitgeber-beisitzer zu beschicken und die Kosten beider Delegationen auf den Etatsartikel „Zur Verfügung der Gemeindevertretung“ zu übernehmen. Die von Herrn Plonz beantragte Durchlegung der Friedrücksstraße in „öffentliche Interesse“ wurde abgelehnt. — Die Rechnungen aus dem Jahre 1901 wurden ohne Widerspruch abgenommen und der Ver-legung des Platzes B an der Siegfriedstraße nach Norden hin zugestimmt. Die große Doppelschule in der Dorffstraße wird noch durch eiserne Defen geheizt, an deren Stelle nun eine Centralheizungs-Anlage geschaffen werden soll. 27 000 M. wurden zu diesem Zwecke bewilligt. Unsere Genossen regten hierbei an, auch diese Schule mit einer Wade-Einrichtung, wie die Schule in der Kronprinzen-strasse, zu versehen. Der Gemeindevorstand sagte eingehende Prüfung des Vorschlages zu und ist um so eher auf Erfüllung zu rechnen, als die entstehenden Unkosten sich nur auf etwa 2000 M. mehr be-laufen werden.

Heilsütte Grabowsee. Nachdem durch endgültigen Bescheid des Landrats den Patienten der Heilsütte Grabowsee ihr Wahlrecht in Grabowsee abgeprochen war, hat die Direktion allen Patienten für den Wahlsitz Urlaub erteilt, so daß über 80 wahlberechtigte Patienten in ihrer Heimat ihr Wahlrecht ausüben konnten. Die Hin- und Rückfahrt erfolgte gegen den ermäßigten Fahrpreis von 60 Pf. in reservierten Wagen. Die grundsätzliche Frage, ob die Patienten ihr Wahlrecht an ihrem Aufenthaltsort ausüben dürfen, wird natürlich trotzdem im Reichstag zum Austrag gebracht werden müssen.

Nixdorf. Die Leiche eines neugeborenen Kindes männlichen Geschlechts wurde gestern von spielenden Kindern aus dem neuangelegten Stichkanal herausgefischt. Ob ein Verbrechen vorliegt, muß erst durch die angeordnete Obduktion festgestellt werden. — Von einer Lokomotive der Nixdorf-Mittelschule Kleinbahn ersaß wurde bei dem Eisenbahnübergang auf dem Mariendorfer Weg ein Personenzug verunglückt. Der Kutscher und die Passagiere, eine hiesige Eigentümerin, kamen mit leichten Verletzungen davon, während der Wagen völlig zertrümmert wurde. Das Pferd wurde eine Strecke von der Lokomotive mitgeschleift und wurde erheblich verletzt. Der Zusammenstoß soll dadurch erfolgt sein, daß der Zugführer nicht das vorgeschriebene Warnungssignal gab. — Der Lumpensammler Scharf und der Zimmermann Richard Krüger wurden hier wegen Sittlichkeitsvergehen gegen Kinder in Haft genommen.

Ein schreckliches Baumglück hat sich am Mittwoch in Potsdam auf dem Neubau der höheren Mädchenschule in der Bäderstraße zugetragen. Derselbe wird durch die Maurermeister Gebrüder Thiemann ausgeführt und persönlich geleitet. Als nun nach der Hofseite zu die Mauergesellen Leichert aus Fahrland, ein Familienvater von sechs Kindern, und Repprecht, der unverheiratet ist, sowie der Arbeiter Gottschall damit beschäftigt waren, mittels eines eisernen Flaschen-zuges nach der zweiten Etage einen circa 30 Centner schweren eisernen Träger hochzuwinden, riß plötzlich die Kette, der Flaschenzug sauste mit seiner Last herab, durchschlug das Gerüst und riß die drei Männer mit sich in die Tiefe, woselbst sie blutend und schwer verletzt liegen blieben. Es wurden sofort mehrere Aerzte herbeigerufen, welche nach Anlegung von Rotverbänden den Transport der Verletzten nach dem städtischen bzw. katholischen Krankenhaus anordneten. Leichert hat außer einem Oberschenkelbruch mehrere Rippenbrüche, innere Verletzungen und eine schwere Gehirnerschütterung erlitten. Er ver-starb nach mehreren Stunden im städtischen Krankenhaus, Repprecht hat innerliche und stark blutende äußerliche Verletzungen erlitten, sein Zustand ist im höchsten Grade besorgniserregend. Der Arbeiter Gottschall kam mit einer geringeren Gehirnerschütterung und mehreren blutenden Wunden am Kopf u. davon. Von der Polizei wurde die Baustelle abgesperrt und eine strenge Unter-suchung des Unfalles eingeleitet.

Vermischtes.

Eine Lybbitsfabrik in die Luft geflogen. Wie dem „V. Z.“ aus London gemeldet wird, slog am 18. Juni im Arsenal von Woolwich eine Lybbitsfabrik auf. Bis jetzt wurden 14 Tote und 20 Ver-wundete gezählt. Die Aufregung und Verwirrung ist unbeschreiblich. Der Unfall ist die Folge des Platzens einer Granate.

Die Egl. Eisenbahndirektion macht bekannt, daß wegen der Damm-rutungen zwischen Malken und Druschin — der Rebenbahn Schönsee-Strahrun in Westpreußen der Verkehr daselbst voraus-sichtlich bis 19. d. M. abends gesperrt ist. Personen und Güter-verkehr wird über Gohlershausen umgeleitet.

Die Ueberschwemmung in Amerika. Die Drahtnachrichten aus New-York lassen keinen Zweifel daran bestehen, daß die ersten Ge-rüchte über die durch einen Vollenbruch im Staate Oregon an-gerichteten Verheerungen leider nicht übertrieben waren. Der Daily Mail“ meldet über den Untergang der Stadt Geppner, die in einem kleinen Thal gelegen war, durch das ein 10 Fuß breiter Bach floß, folgendes: Am Sonntagnachmittag trat ein furchtbares Gewitter auf, das von heftigem Regen begleitet war. Während dieses Ge-witters senkte sich plötzlich eine Wolke von merkwürdiger Dichtigkeit auf die Bergspitze oberhalb der Stadt. Einige Augen-blicke später hörte man ein gewaltiges Getöse, und eine Wasser-masse, die über 20 Fuß hoch zu sein schien, stürzte, alles vor sich her-reißend, von dem Berge herunter. Bäume wurden entwurzelte, ge-waltige Felsblöcke weggeschleift und der Bach in einem Augenblick in einen rasenden Fluß von 400 Fuß Breite umgewandelt. Der Gohs-foppner wurde weggerissen und 50 Gäste ertranken. Das etwas entferntere gelegene Palace-Hotel blieb unbeschädigt. Eine ganze Anzahl Häuser, die nicht weggerissen wurden, wurden entweder von ihren Grundmauern gerückt oder einfach umgeworfen. Hunderte von Pferden, Kindern und Schafen kamen um.